

anspiel.

Das Magazin des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Sachsen

Schwerpunkt

Landtagswahl 2024: Sozial wählen.

Pflege

Ein Landespflegegesetz
für Sachsen

Kita

Sinkende Kinderzahlen für
Qualitätsverbesserungen in
Kitas nutzen

Jugendhilfe

Jugendhilfeförderung
des Freistaats
verbindlich gestalten

Gemeinnützigkeit:
**Soziale Organisationen
im Wandel unterstützen**

Migrationsdebatte:
**Zurück zum Thema
bitte.**

Taktisch wählen:
**Sind Leihstimmen
sinnvoll?**

Die Zukunft sozialer Arbeit fest im Blick.

Ob Zukunftsfragen oder Lösungen
für das Tagesgeschäft – wir beraten
und begleiten Sie mit dem passen-
den Angebot in folgenden Bereichen:

- ✓ Personalentwicklung
- ✓ Fachkräftegewinnung
- ✓ Konzepterstellung
- ✓ Betriebswirtschaft & Recht
- ✓ Führung & Organisationsentwicklung
- ✓ Interims- & Krisenmanagement
- ✓ Veranstaltungsmanagement

Sprechen Sie uns an.

Telefon: 0351 - 828 71 420

E-Mail: info@parikom.de

Web: www.parikom.de



PARITÄTISCHES KOMPETENZZENTRUM
für soziale Innovation



Landtagswahl 2024



In diesem Jahr gibt es in Sachsen wohl kaum ein bewegenderes Thema als die im Herbst anstehende Landtagswahl. Fast wöchentlich flattert eine neue Wahlprognose ins Haus. Die Aussicht auf eine konstruktive Mehrheitsbildung im sächsischen Landtag wird nicht nur den Parteien Kopfschmerzen bereiten.

Doch was bedeutet die aktuelle Stimmungslage im Land für die Soziale Arbeit und Bildung in Sachsen? Worauf muss sich die freie Wohlfahrtspflege einstimmen? Was müssen wir als Spitzenverband jetzt tun? Vor allem eins, Ruhe bewahren. Denn Wahlprognosen sind keine Wahlergebnisse. In den letzten Jahren erlebten wir des Öfteren, dass die Prognosen dann doch von den letztendlichen Wahlergebnissen abwichen. Woran liegt das? Expert*innen führen dies darauf zurück, dass klassische Parteienbindungen zurückgehen und die politische Wechselbereitschaft steigt. Viele entscheiden erst spontan in der Wahlkabine, wo sie ihr Kreuz machen.

Umso wichtiger ist es, sich jetzt aktiv mit Themen und Inhalten zu befassen. Als Bürger*innen sind wir alle wieder mehr gefragt, uns genau anzusehen, was uns die Parteien anbieten können und wie sich das eine oder andere Vorhaben auf unseren Alltag auswirken wird. Aber auch, was wir selbst den Parteien anbieten können. Wir sind eingeladen und aufgefordert, uns aktiv ins politische Geschehen einzubringen. Genau deshalb haben wir uns als Verband erneut dafür entschieden, Sozial- und bildungspolitische Lösungen gemeinsam mit unseren Mitgliedsorganisationen zu erarbeiten und den Parteien vorzulegen - sozusagen unsere Top-Themen. Diese zeigen, was uns als Verband wichtig ist und wie Wege zu einem solidarischen Sachsen aussehen können. Wir sind natürlich keine Partei. Unsere Vorschläge können aber ein Gradmesser sein, den man an die Programme der Parteien anlegen kann, wenn einem das solidarische Miteinander und gesellschaftlicher Zusammenhalt wichtig sind.

In diesem Heft stellen Ihnen unsere Fachreferent*innen in kurzen Interviews die einzelnen Top-Themen vor. Nehmen Sie sich die Themen mit. Fragen Sie bei den Parteien nach, wie sie zu diesem und jenem Thema stehen. Treten wir wieder mehr in den Dialog. Vertreten wir selbstbewusst Positionen, aber hören wir auch zu. Dabei sollten wir stets fair, offen und sachorientiert handeln.

Und noch eins ist wichtig in diesem Wahljahr: Ein klares Bekenntnis zu Menschenrechten und Demokratie. Schuldzuweisungen, Sündenbockrhetorik, vermeintlich einfache Antworten auf komplexe Fragestellungen haben noch nie zu Lösungen geführt. Nie war eine Landtagswahl so sehr eine Richtungsentscheidung darüber, wie wir künftig im Freistaat miteinander leben möchten, als es diesmal der Fall ist. Seien wir besonnen.

Nun hoffe ich, dass Sie die von uns in diesem Heft vorgestellten Lösungsvorschläge als hilfreich für Ihre Wahlentscheidung empfinden und wünsche Ihnen eine inspirierende Lektüre.

Herzliche Grüße

Michael Richter
Landesgeschäftsführer

<p>Pflege Pflege in Sachsen sicherstellen und weiterentwickeln Julia Liebscher mit dem Vorschlag für ein Landespflegegesetz.</p>	<p>6</p>	<p>Soziale Arbeit Kinder und deren Familien mit Kita-Sozialarbeit stärken Hartmut Mann erläutert, warum das Programm ‚KINDER STÄRKEN 2.0‘ ein Landesprogramm werden muss.</p>	<p>20</p>
<p>Bildung Sinkende Kinderzahlen für Qualitätsverbesserungen in Kitas nutzen Friderun Hornschild zu den aktuellen Chancen für die Qualität in der frühkindlichen Bildung.</p>	<p>8</p>	<p>Weiterbildung Weiterbildung in der sozialen Arbeit stärken Karolin Amlung spricht sich für eine individuellere Weiterbildungsförderung des Freistaates aus.</p>	<p>22</p>
<p>Jugendhilfe Jugendhilfeförderung des Freistaates verbindlich gestalten Hartmut Mann zur Verankerung der Landesförderung im Landesjugendhilfegesetz.</p>	<p>10</p>	<p>Freiwilligendienste Freiwilligendienste sichern – Engagement fördern Maria Hille erklärt, warum es einer Landesförderung für ein festes Kontingent an Freiwilligenplätzen bedarf.</p>	<p>24</p>
<p>Migration Verlässliche Integrationsangebote in allen Regionen ermöglichen Hendrik Kreuzberg über die Notwendigkeit regionaler Integrationsangebote.</p>	<p>12</p>	<p>Gemeinnützigkeit Gemeinnützige Akteure im Wandel unterstützen Warum gemeinnützige Organisationen transformationsbedingte Aufgaben nicht alleine stemmen können.</p>	<p>26</p>
<p>Bildung Kooperation von Schule und Hort braucht einen neuen Rahmen Nicole Börner mit einer Anregung, wie Ganztagsbildung künftig besser gelingt.</p>	<p>14</p>	<p>Kommentar Migrationsdebatte: Zurück zum Thema bitte. Hendrik Kreuzberg plädiert in seinem Kommentar für mehr Maß und Mitte in der Debatte um Zuwanderung.</p>	<p>28</p>
<p>Psychiatrie/Sucht Psychisch Erkrankten schneller und wirksam helfen Doreen Voigt über die Möglichkeiten einer Landesstelle für Gemeindepsychiatrie.</p>	<p>16</p>	<p>Kommentar Taktisch wählen: Sind Leihstimmen sinnvoll? Tina Siebeneicher kommentiert das Für und Wider von Wahlumfragen, politischen Farbspielen und Leihstimmen.</p>	<p>29</p>
<p>Arbeit und Beschäftigung Benachteiligten Jugendlichen eine Chance auf dem Arbeitsmarkt geben Kristin Höfler zu den Potenzialen der arbeitsmarktorientierten Jugendsozialarbeit.</p>	<p>18</p>		

- Europa aktiv mitgestalten!** 30 Was die Europawahl mit Sachsen zu tun hat.
- Kommunalwahlen - Vor Ort mitbestimmen.** 32 Welchen Gestaltungsspielraum hat kommunale Politik?
- Soziale Innovation - Modewort oder essentieller Teil Sozialer Arbeit?** 34 Über die Innovationskraft freier Wohlfahrtspflege.
- Selbstbewusst für Werte einstehen** 35 Auf den Regionalkonferenzen 2024 des Paritätischen Sachsen geht es um Selbstverständnis und Handlungsansätze.
- Weiterbildung am Bildschirm: Wie Online-Seminare gelingen** 36 Tipps für die gute Zusammenarbeit in Online-Formaten.
- Laufseminar mit Elbblick** 38 Warum ein Weg zu innerer Stärke übers Laufen führt.

Impressum

anspiel.

Das Magazin des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Sachsen

Herausgeber:



Paritätischer Wohlfahrtsverband
Landesverband Sachsen e.V.
Am Brauhaus 8
01099 Dresden

Tel.: 0351/ 828 71 0
E-Mail: info@parisax.de

Web: www.parisax.de

ISSN 2512-7837

anspiel. ist eine eingetragene Marke des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Landesverband Sachsen e.V.

Erscheinungsweise: 2x jährlich

V.i.S.d.P.: Michael Richter, Landesgeschäftsführer
Redaktion: Thomas Neumann

Titelfoto: auremar - stock.adobe.com
Layout: Thomas Neumann

Autor*innen/ Mitwirkende an dieser Ausgabe:
Karolin Amlung, Ramona Bechler-Haas, Nicole Börner,
Gerry Hallbauer, Maria Hille, Friderun Hornschild,
Kristin Höfler, Silke Nora Kehl, Hendrik Kreuzberg,
Julia Liebscher, Hartmut Mann, Stephanie Meichsner-
Eschborn, Thomas Neumann, Claudia Nowakowski, Tina
Siebeneicher, Doreen Voigt

Druck: SAXOPRINT GmbH, Dresden

Diese Maßnahme wird mitfinanziert mit Steuermitteln
auf Grundlage des vom Sächsischen Landtag
beschlossenen Haushaltes.





Pflege in Sachsen sicherstellen und weiterentwickeln

Pflege ist kein Nischenthema. Über 300.000 Menschen in Sachsen sind pflegebedürftig – Tendenz steigend. Der Paritätische Sachsen sieht in einem Landespflegegesetz die Chance, einen neuen Rahmen für gute Pflege in Sachsen zu schaffen. Wie das gelingen kann, erklärt Julia Liebscher, Referentin für Altenhilfe und Pflege, im Interview.

Julia Liebscher, Pflege ist ein kontroverses und komplexes Thema zugleich. Warum fordern wir ein Landespflegegesetz in Sachsen und was soll sich dadurch verbessern?

Julia Liebscher: Ja, der Pflegebereich wird fortlaufend reformiert und es ist gar nicht leicht, hier den Überblick zu behalten. Ein Landespflegegesetz kann mehr Klarheit und Transparenz schaffen, indem es die relevanten Bundesregelungen im Bereich Pflege auf das Land bezogen bündelt. Diese Verbindlichkeit erleichtert Diensten und Einrichtungen ihre Arbeit.

Ein solches Gesetz soll aber nicht nur mehr Übersicht schaffen, sondern auch den Rahmen für gute Pflege in Sachsen bilden. Denn bisher fehlt in vielen Regionen eine Prognose, welche Pflegeangebote vor Ort notwendig sind. Wir brauchen zum einen Zahlen zur Altersstruktur, zur Anzahl pflegebedürftiger Menschen und zu den Pflegeangeboten, um dann im zweiten Schritt Versorgungslücken besser schließen

zu können. Einige Kommunen versuchen das bereits, andere noch nicht. Deshalb wollen wir eine gesetzlich verpflichtende kommunale Pflegeplanung, die seitens der Landesebene unterstützt wird. In unserer älter werdenden Gesellschaft ist Pflege eine der zentralen Aufgaben. Hier sollten alle politischen Ebenen ihren Beitrag leisten und Land und Kommunen mehr als bisher an einem Strang ziehen.

Wie steht die Landespolitik zum Thema Landespflegegesetz?

Julia Liebscher: Von 1996 bis 2004 gab es bereits ein ‚Sächsisches Pflegegesetz‘, aber es wurde damals nicht verlängert. Man hatte sich darin bereits auf eine Bedarfsplanung verständigt, Förderinstrumente festgeschrieben und unter anderem das Ziel formuliert, Pflege-Angebote aufeinander abzustimmen. Unsere Forderungen heute gehen in eine ähnliche Richtung. Ich denke, die Notwendigkeit für ein neues Landesgesetz

ist vielen politischen Akteuren klar und es wird auch im Landtag seit Jahren immer mal wieder diskutiert. Aber bisher gibt es keine Mehrheiten dafür und auch die aktuelle Koalition hat dieses wichtige Thema ausgespart. Das muss sich ändern.

Was verbessert sich durch ein solches Gesetz für die Menschen in Sachsen?

Julia Liebscher: Pflege betrifft alle. Viele Angehörige versuchen selbst, pflegend zu unterstützen, solange es geht. Um möglichst lange zu Hause gepflegt werden zu können, sind Pflegebedürftige aber auf ein umfassendes ambulantes Angebot angewiesen. Wenn die eigenen Eltern pflegebedürftig werden, entscheidet genau dieses Angebot vor Ort darüber, ob man den Job, das eigene Leben und die Pflege unter einen Hut bekommt.

Und wird jemand pflegebedürftig, steht meist erst mal der ganze Alltag Kopf. Digitale Informationen, wie beispielsweise auf der Online-Plattform PflegeNetz Sachsen, und die Beratung durch die Pflege- bzw. Krankenkasse reichen bei der Vielzahl an Fragen und den zu treffenden Entscheidungen oft nicht aus. Wir wollen deshalb auch wohnortnahe, persönliche Beratungsangebote im Gesetz verankert wissen.

Kurzum: Von einer guten Pflegelandschaft und einer individuellen Beratung profitieren sehr viele Menschen in Sachsen. Jetzt braucht es den politischen Willen, zu handeln. Das ist auch deshalb notwendig, weil Sachsen eines der Bundesländer mit dem höchsten Altersdurchschnitt ist.

So soll Pflege in Sachsen 2030 gestaltet sein:

- In einem Landespflegegesetz sind alle pflegerelevanten rechtlichen Regelungen, Anforderungen und Fördermöglichkeiten in Sachsen gebündelt. Bürokratie wird abgebaut und Innovationsanreize werden gesetzt.
- Sachsen hat eine verpflichtende kommunale Pflegeplanung, die durch den Freistaat unterstützt wird. Dies ermöglicht, dass Pflegebedürftige in ihrer gewohnten Umgebung bestmöglich versorgt und Angehörige entlastet sowie wohnortnahe Beratungsangebote für Pflegebedürftige und pflegende An-/Zugehörige sichergestellt und gefördert werden.
- Um die Pflegekräfte von morgen gewinnen und halten zu können, gibt es gesetzlich verankerte Beratungs-, Unterstützungs- und Vernetzungsmöglichkeiten, die den Beruf attraktiver machen. Zudem engagiert sich der Freistaat bei der Finanzierung der Ausbildungskosten in der ambulanten und stationären Pflege.

Lesen Sie das **Positionspapier „Pflegerische Versorgung in Sachsen sicherstellen und weiterentwickeln“** sowie weitere Sozial- und bildungspolitische Lösungen für Sachsen auf unserer Themenseite:

www.parisax.de/landtagswahl2024



Sie haben Fragen oder möchten sich über unseren Vorschlag für ein Landespflegegesetz austauschen? Unsere Fachreferentin für Altenhilfe und Pflege hilft Ihnen gerne weiter.

Julia Liebscher (Referat Altenhilfe und Pflege)

Telefon: 0351 - 828 71 142

E-Mail: julia.liebscher@parisax.de



Sinkende Kinderzahlen für Qualitätsverbesserungen in Kitas nutzen

Der Geburtenrückgang hat weitreichende Folgen für die Kita-Landschaft in Sachsen, denn der gesetzlich verankerte Personalschlüssel führt bei weniger Kindern automatisch zu weniger Personal. Friderun Hornschild, Referentin für Bildung, erklärt im Interview, was jetzt notwendig ist, um die sinkenden Kinderzahlen als Chance für Bildungsqualität zu nutzen.

Friderun Hornschild, warum sind sinkende Kinderzahlen derzeit ein so drängendes Thema?

Friderun Hornschild: Weil uns die Entwicklung derzeit überholt. Wir erleben in den letzten Jahren einen Geburtenrückgang in ganz Deutschland. In Sachsen hat sich der Geburtenknick seit 2021 verstärkt. Das Kultusministerium prognostiziert, dass die Zahl der Kinder unter sechs Jahren bis 2025 um etwa zehn Prozent zurückgehen wird. Ein Grund dafür sind die geburtenschwachen Jahrgänge der 1990er Jahre, die jetzt Familien gründen. Auf diese grundlegende Veränderung muss Politik zügig reagieren. Denn für viele Kitas hat diese Entwicklung schon jetzt drastische Auswirkungen.

Der gesetzliche Personalschlüssel bildet aktuell nicht das reale Verhältnis von Kindern pro Fachkraft im Alltag ab. Hinzu kommt, bei weniger Kindern wird weniger

Personal finanziert. Viele Einrichtungen müssen deshalb Personal in Teilzeit schicken oder sogar entlassen, was wiederum zu kürzeren Öffnungszeiten führt. In einigen Regionen drohen bereits Kita-Schließungen. Davon sind vor allem die kleineren Einrichtungen betroffen. Das ist problematisch für die Kitas, aber auch für die Eltern, die auf einen wohnortnahen Kita-Platz mit optimalen Betreuungszeiten angewiesen sind, um Familie und Beruf vereinbaren zu können.

Der Personalschlüssel ist ein heiß diskutiertes Thema in Sachsens Bildungspolitik. Seit Jahren werden deutliche Verbesserungen gefordert. Warum rückt der Paritätische jetzt die sinkenden Kinderzahlen so in den Fokus?

Friderun Hornschild: Ohne Frage, der Personalschlüssel muss besser und auch ehrlicher werden. Da sind sich alle Expert*innen und Fachkräfte einig. Das

bleibt weiterhin unser Ziel. Durch die aktuelle Entwicklung spitzt sich die Situation jedoch zu, weil der Personalschlüssel den Kitas bei weniger Kindern zum Verhängnis wird. Jahrelang hat Sachsen um jede Fachkraft händeringend geworben und jetzt müssen Erzieher*innen entlassen werden? Das kann nicht sein. Daher setzen wir uns dafür ein, die sinkenden Kinderzahlen dafür zu nutzen, die Fachkraft-Kind-Relation zu verbessern. Dafür muss das vorhandene Kita-Personal jedoch in den Einrichtungen gehalten werden. Die sinkenden Kinderzahlen bieten endlich eine Chance, das Personal zu entlasten und im Team mehr Zeit für die vielfältigen Aufgaben zu haben. Endlich mal nicht am Limit zu arbeiten, sondern mehr Zeit für die Kinder oder beispielsweise auch für Weiterbildungen zu haben. Wenn die Landespolitik jetzt nicht reagiert, gehen unseren Berechnungen nach bis zum Jahr 2030 in Sachsen mindestens 5.000 Vollzeit-Fachkräfte verloren. Das wäre eine Entwicklung in die vollkommen falsche Richtung, die wir nicht hinnehmen können! Sachsen muss jetzt die Chance ergreifen, die durch zurückgehende Kinderzahlen freiwerdenden Ressourcen für die Bildungsqualität einzusetzen.

Gibt es schon Lösungsvorschläge aus der Landespolitik?

Friderun Hornschild: Die Debatte dazu ist eröffnet, seitdem CDU-Bildungsminister Christian Piwarz im Sommer letzten Jahres den Begriff der „demografischen Dividende“ in den Raum gestellt hat. Er meint damit, dass der Freistaat die sinkenden Kinderzahlen als Dividende zur Entlastung der Kitas nutzen soll. Seither ist jedoch nichts passiert. Die Absichtserklärung bleibt vage und entfaltet in den Kitas vor Ort keinerlei Wirkung. Denn das Kita-Gesetz lässt keine anderweitige Verwendung der Mittel zu. Ein Teil des Geldes für Kitas-Personal bleibt deshalb auf der Landesebene liegen – es ist da, kann aber nicht ausgegeben werden. Wir sehen daher die Notwendigkeit, das Kitagesetz so anzupassen, dass eine dynamische Förderung möglich wird. Die Zeit drängt. Es muss endlich eine lösungsorientierte, ehrliche Diskussion geben. Wir werden unseren Vorschlag in die politische Debatte einbringen, das Gespräch suchen und sind offen für andere Lösungen. Hauptsache, das wichtige Thema wird nicht weiter aufgeschoben.

So soll die Bildungsqualität in Kitas in Sachsen 2030 gestärkt sein:

- Die sinkenden Kinderzahlen werden als Chance verstanden und dafür genutzt, mehr Bildungsqualität und bessere Arbeitsbedingungen in sächsischen Kitas zu ermöglichen.
- Der Personalschlüssel (Fachkraft-Kind-Relation) im sächsischen Kitagesetz wird verbessert.
- Mit einer sofortigen dynamischen Erhöhung um mindestens 0,04 Vollzeitkräfte pro Jahr bis 2030 wird Personal gehalten und das aktuelle Betreuungsangebot vor Ort auch bei sinkenden Kinderzahlen stabilisiert.

Lesen Sie das **Positionspapier „Sinkende Kinderzahlen als Chance für die Bildungsqualität in Kitas“** sowie weitere Sozial- und bildungspolitische Lösungen für Sachsen auf unserer Themenseite:

www.parisax.de/landtagswahl2024



Sie haben Fragen oder möchten sich darüber austauschen wie sinkende Kinderzahlen für Qualitätsverbesserungen in Kitas genutzt werden können? Sprechen Sie unsere Fachreferentin für Bildung an.

Friderun Hornschild (Referat Bildung)

Telefon: 0351 - 828 71 146

E-Mail: friderun.hornschild@parisax.de



Jugendhilfeförderung des Freistaats verbindlich gestalten

Die kommunalen Haushalte sind unter Druck: Neue Pflichtaufgaben, steigende Sozialausgaben und Tarifsteigerungen grenzen die Spielräume weiter ein. Der offenen Jugendarbeit drohen Kürzungen. Wie die Jugendhilfeförderung in Sachsen zukunftsfest gestaltet werden kann, erläutert Hartmut Mann, Referent für Jugendhilfe, im Interview.

Hartmut Mann, warum braucht es mehr Verbindlichkeit bei der Jugendhilfeförderung in Sachsen?

Hartmut Mann: Wenn wir von Jugendarbeit sprechen, sind damit Jugendtreffs, Streetwork, mobile Angebote, aber auch Angebote für Familien gemeint. Solche Freizeitangebote und Treffpunkte sind für junge Menschen äußerst wichtig. Sie verbinden junge Menschen mit ihrer Region, denn hier können sie sich einbringen, neue Freiräume gestalten und auch

Demokratie im Kleinen lernen. Diese Angebote dürfen uns nicht verloren gehen, denn besonders im ländlichen Raum gibt es nichts mehr, wenn der Familien- oder Jugendtreff schließen muss.

Deshalb brauchen die Landkreise die verlässliche Unterstützung des Freistaates bei der Finanzierung von Jugendarbeit. Diese Verlässlichkeit existiert jedoch bisher nicht. Hier ist die Landespolitik gefordert, mehr Verbindlichkeit zu schaffen.

Gibt es bereits jetzt einen Spardruck, drohen Kürzungen der Jugendarbeit?

Hartmut Mann: Viele Bürgermeister, Landräte und demokratische Parteien wollen eine starke Jugendarbeit. Doch aktuell steigen in vielen öffentlichen Bereichen die Kosten. Die Kassen werden knapper und die Konkurrenz um das Geld für öffentliche Aufgaben nimmt zu. Wenn sich die Haushaltslage zuspitzt, ziehen Jugendliche leider oft den Kürzeren. Sie können ihre Interessen gegenüber Erwachsenen nicht immer gleichberechtigt durchsetzen. Das ist ein Problem. Einmal mehr, wenn man sich vor Augen führt, dass knapp ein Viertel der sächsischen Gesamtbevölkerung jünger als 27 Jahre ist und von Jugendarbeit profitieren kann. Es braucht ein klares politisches Bekenntnis zur Finanzierung der Jugendarbeit, und zwar im Landesjugendhilfegesetz für Sachsen.

Wie kann ein solches politisches Bekenntnis zur Jugendarbeit aussehen?

Hartmut Mann: Wir müssen näher definieren, was der im Bundesgesetz geforderte „angemessene Anteil“ für Jugendarbeit vor Ort bedeutet. Andere Bundesländer sind diesen Schritt bereits gegangen. Ein gutes Vorbild ist Sachsen-Anhalt. Dort ist die Förderung mittlerweile eine gesetzliche Verpflichtung und somit sehr viel verbindlicher abgesichert. In Sachsen wird die Finanzierung bisher nur über Förderrichtlinien geregelt und ist somit immer abhängig vom Landeshaushalt. Sachsen muss seine Ko-Finanzierung endlich klar gesetzlich festlegen. Das Thema ist in der Welt, aber leider noch nicht auf der politischen Agenda. Die Jugendverbände drängen zu Recht darauf, dass sich das ändert. Denn die Jugendarbeit droht in einigen Regionen bereits jetzt einem Spardruck zum Opfer zu fallen. Der Landkreis Görlitz stand Ende letzten Jahres vor der Zahlungsunfähigkeit. Um das abzuwenden, waren massive Kürzungen in der Jugendarbeit vorgesehen. Nur weil der Landkreis eine Finanzspritze bekam, konnten die Kürzungen in letzter Minute verhindert werden. Die Gefahr ist also real.

So soll die Jugendhilfeförderung in Sachsen 2030 gestaltet sein:

- Die Jugendarbeit wird als wichtige Ergänzung zu Lebensorten wie Schule, Kindergarten und Familie verstanden und als ein Standortfaktor, im Sinne attraktiver Lebensbedingungen für junge Menschen, verlässlich ausgestattet.
- Es gibt ein landesgesetzlich verankertes Bekenntnis des Freistaats, die offenen, präventiv wirksamen Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien kontinuierlich finanziell zu unterstützen.
- Die Jugendpauschale ist als zentrales Förderinstrument in das Landesjugendhilfegesetz aufzunehmen und ihre Berechnung an die finanziellen und demographischen Herausforderungen der nächsten Jahre anzupassen.

Lesen Sie das **Positionspapier „Jugendhilfeförderung in Sachsen zukunftsfest gestalten“** sowie weitere Sozial- und bildungspolitische Lösungen für Sachsen auf unserer Themenseite:

www.parisax.de/landtagswahl2024



Sie haben Fragen oder möchten sich über unseren Vorschlag für eine zukunftsste Jugendhilfeförderung austauschen? Unser Fachreferent für Kinder- und Jugendhilfe hilft Ihnen gerne weiter.

Hartmut Mann (Referat Kinder- und Jugendhilfe)

Telefon: 0351 - 828 71 144

E-Mail: hartmut.mann@parisax.de



Verlässliche Integrationsangebote in allen Regionen ermöglichen

Über Migration und Integration wird gesellschaftlich und politisch intensiv diskutiert. Welche Angebote der Sozialen Arbeit notwendig sind, damit Integration vor Ort gelingt, besprachen wir mit Hendrik Kreuzberg, Referent für Migration.

Herr Kreuzberg, wenn es um Migration geht, werden aktuell vor allem Probleme benannt. Die politischen Debatten drehen sich um Obergrenzen, Belastungen der Kommunen und Grenzkontrollen. Warum sollte Politik die Integration in Sachsen mehr als bisher fördern?

Hendrik Kreuzberg: Ja, aktuell ist in Sachsen der Ruf nach einer Begrenzung von Migration sehr laut. Meiner Meinung nach wird zu wenig über die Menschen gesprochen, die bereits hier sind - über ihre Hürden bei der Integration, ihre ganz unterschiedlichen Biografien

und die sich daraus ergebenden Unterstützungsbedarfe. Soziale Angebote helfen dabei, hier wirklich anzukommen, statt einfach nur da zu sein. Von guten Integrationsangeboten profitieren alle Zugewanderten: Geflüchtete, EU-Bürger*innen und auch internationale Arbeitskräfte. Sachsen braucht Zuwanderung und sollte die Potenziale der hier lebenden Menschen noch besser nutzen. Wenn wir in Integration investieren, dann ist das auch gut für den Arbeitsmarkt sowie den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Letztlich profitieren davon alle Sächsinen und Sachsen.

Sachsen steht kurz davor ein eigenes Integrations- und Teilhabegesetz zu verabschieden. Derzeit berät der Landtag über den Gesetzentwurf, der noch vor der Landtagswahl beschlossen werden soll. Wie schätzen Sie diesen ein?

Hendrik Kreuzberg: Das geplante Gesetz geht in die richtige Richtung, denn Integration wird erstmals als wichtige Zukunftsaufgabe benannt. Verantwortlichkeiten zwischen Kommunen und dem Land werden verbindlicher geregelt. Das ist wichtig, denn bisher hat Integration in den sächsischen Regionen einen sehr unterschiedlichen Stellenwert. Anders als die Unterbringung Asylsuchender ist die soziale Unterstützung und Begleitung der hier ankommenden Menschen keine Pflichtaufgabe. Wie Integration gestaltet wird, hängt demnach von den Prioritäten in den Kommunen und oft auch von den politischen Mehrheiten ab. Doch das reicht nicht aus. Der Freistaat und die Kommunen müssen ihre Verantwortung für eine gelingende Zuwanderung mehr als bisher wahrnehmen. Mit dem aktuellen Gesetzentwurf wird nur die Finanzierungsverantwortung der Landesebene verbindlich geregelt.

Also brauchen wir bis zum Jahr 2030 mehr, als der Gesetzentwurf für ein Integrations- und Teilhabegesetz vorsieht?

Hendrik Kreuzberg: Ganz eindeutig, ja! Die Kommunen müssen mehr in die Pflicht genommen werden, Integration vor Ort aktiv mitzugestalten. Sie wissen genau, welche Angebote notwendig sind, denn sie sind der Lebensort der Menschen und ihre neue Heimat. Es geht dabei zum Beispiel um passende Beratungsangebote, Sprachförderung, Unterstützung bei der Wohnungssuche, einen Kitaplatz bis hin zur Beantragung des eigenen Bibliotheksausweises. Und natürlich geht es auch um gesellschaftliche Teilhabe, sei es als Mitglied im Sportverein, durch ein Ehrenamt oder politische Mitwirkung. Damit Integration in allen sächsischen Kommunen gelingen kann, muss sie zur kommunalen Pflichtaufgabe erklärt werden. Dafür sind aber auch Finanzierungsfragen zu lösen. Es muss klarer geregelt sein, wer was zahlt, damit Integration nicht von der Kassenlage abhängig bleibt.

So soll Integration in Sachsen bis 2030 gestaltet sein:

- Verlässliche Integrationsangebote in allen Regionen Sachsens.
- Verpflichtend gesetzlich geregelte Zuständigkeiten für Integrationsaufgaben auf Landes- und kommunaler Ebene.
- Für gleichwertige Lebensverhältnisse und Chancengleichheit sind klar definierte, vergleichbare Standards und die entsprechende Finanzierungsverantwortung zwischen Land und Kommune gesetzlich zu regeln.

Lesen Sie das **Positionspapier „Integrationsgesetz: Verlässliche Integrationsangebote in allen Regionen sicherstellen“** sowie weitere Sozial- und bildungspolitische Lösungen für Sachsen auf unserer Themenseite:

www.parisax.de/lw2024



Sie haben Fragen oder möchten sich zu unserem Vorschlag regionaler Integrationsverantwortung austauschen? Unser Fachreferent für Migration hilft Ihnen gerne weiter.

Hendrik Kreuzberg (Referat Migration)

Telefon: 0351 - 828 71 145

E-Mail: hendrik.kreuzberg@parisax.de



Kooperation von Schule und Hort braucht einen neuen Rahmen

Hort und Grundschule sind in Sachsen oft getrennte Welten. Dabei kann sich eine engere Kooperation beider Bildungsorte positiv auf die Entwicklung von Schüler*innen auswirken. Wie die Ganztagsbildung in Sachsen künftig gestaltet werden sollte, besprachen wir mit Nicole Börner, Referentin für Bildung.

Frau Börner, wie sollte denn Ganztagsbildung in Sachsen in Zukunft aussehen und warum ist das Thema so wichtig?

Nicole Börner: Vor allem die Kinder profitieren von einem abwechslungsreichen Schulalltag mit vielfältigen Lernformen - von der ersten Stunde bis zum Heimgehen am Nachmittag. Aktuell erleben Grundschul Kinder jedoch verschiedene Welten: Unterricht am Vormittag, Freizeitgestaltung im Hort am Nachmittag. Zwischendurch vielleicht noch ein Ganztagsangebot, zum Beispiel die Schach-AG. Bei Ganztagsbildung wird Lernen umfassender gedacht. Lehrer*innen und Hortpädagog*innen sollen ein gemeinsames Bildungsverständnis erlangen können, um die Kinder individueller zu fördern.

Kinder brauchen Orte der Geborgenheit, um sich gut zu entwickeln zu können. Das klingt vielleicht etwas pathetisch, ist aber ernst gemeint. Es ist ähnlich wie in einer Familie. Kinder wachsen glücklich auf, wenn Erwachsene Wertschätzung und Interesse zeigen und Mitsprache möglich ist. Der Ganzttag soll ein Lernort sein, wo Lernen Freude macht. Hier sollen - wie in einer Familie - die Bedürfnisse des Kindes im Mittelpunkt stehen. Es geht also um mehr als die reine Wissensvermittlung oder die Aufsichtspflicht bis in die Nachmittagsstunden, sondern um einen gemeinsamen, abgestimmten und fachlich durchdachten Alltag.

Bisher muss sich der Hort meist in das System Schule einfügen und hat wenig verbindliche Mitsprache. Wir wollen das ändern und schlagen vor, mit Hilfe eines

Rahmenvertrags Ganztagsbildung zukünftig aufeinander abzustimmen. Denn ein Vertrag schafft Klarheit hinsichtlich der jeweiligen Aufgaben. Die konkrete Ausgestaltung der Angebote erfolgt vor Ort. Das ist ein Prozess zwischen Schule, Hort und Eltern sowie Kindern, bei dem die Frage geklärt wird, wie Ganztags mit den jeweiligen regionalen Gegebenheiten konkret umgesetzt werden soll. So wird Bildung aus einem Guss möglich. Da wollen wir hin, das ist mein Ziel.

Warum war es Ihnen so wichtig, die Ganztagsbildung in den Prozess zum „Bildungsland Sachsen 2030“ einzubringen?

Nicole Börner: Ich kann ganz ohne Glaskugel sagen: Im Jahr 2030 wird es an allen Schulen in Sachsen Ganztagsbildung geben. Denn ab 2026 gibt es einen gesetzlichen Anspruch darauf, der dann Jahr für Jahr bis zur 4. Klasse ausgeweitet wird. Ich finde, das ist ein richtiger und auch wichtiger bildungspolitischer Schritt, der da 2021 auf Bundesebene gegangen wurde.

Für Sachsen bedeutet das, der Zusammenarbeit von Schule und Hort nun einen neuen Rahmen im Sächsischen Kita- und Schulgesetz zu geben. Und dafür

haben wir nur noch zwei Jahre Zeit. Deshalb muss der Freistaat zügig die Voraussetzungen für eine gelingende Ganztagsbildung schaffen und Schulen wie Horte auf die neue Aufgabe vorbereiten. Der Verzahnung beider Bereiche kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Das war meine Botschaft in den jeweiligen Expert*innen-Runden.

Welchen Stellenwert hat die Ganztagsbildung aktuell in der sächsischen Politik und Verwaltung?

Nicole Börner: Ich höre ein klares ‚Ja!‘ der demokratischen Parteien. Auch der Sächsische Kultusminister, Christian Piwarz, spricht sich dafür aus. Mit dem Projekt „Ganztagspiloten“ unterstützt der Freistaat schon heute Schulen, die sich auf den Weg machen.

Dennoch ist Ganztagsbildung kein Selbstläufer. Es braucht einen politischen Willen zu mehr Verbindlichkeit, damit 2026 wirklich alle Schulen in Sachsen startklar sind. In etwas mehr als einem halben Jahr werden die Verhandlungen für eine neue Landesregierung im vollen Gange sein. Die Ganztagsbildung und insbesondere die bessere Zusammenarbeit von Schule und Hort muss unbedingt im kommenden Regierungsprogramm stehen.

So soll Ganztagsbildung bis 2030 gestaltet sein:

- Die Schule der Zukunft verbindet Schule und Hort und fördert Ganztagsbildung aus einem Guss.
- Im Sächsischen Kita- und Schulgesetz wird die Verantwortung für einen abgestimmten Ganztags gleichberechtigt geregelt – Schule und Hort entwickeln Konzepte auf Augenhöhe.
- Schule und Hort leben ein gemeinsames Bildungsverständnis und fixieren dies verbindlich in einem Rahmenvertrag.

Lesen Sie das **Positionspapier „Ganztagsbildung: Kooperation von Hort und Schule verbessern“** sowie weitere Sozial- und bildungspolitische Lösungen für Sachsen auf unserer Themenseite:

www.parisax.de/landtagswahl2024



Sie haben Fragen oder möchten sich zu unserem Vorschlag zur besseren Kooperation von Hort und Schule austauschen? Unsere Fachreferentin für Bildung hilft Ihnen gerne weiter.

Nicole Börner (Referat Bildung)
 Telefon: 0351 - 828 71 152
 E-Mail: nicole.boerner@parisax.de



Psychisch Erkrankten schneller und wirksam helfen

Die Diagnose psychischer Erkrankungen nimmt weiter zu. Die Versorgungslücken in Sachsen werden größer. Damit Betroffene und auch Angehörige in Zukunft schneller Hilfe erhalten, setzt sich der Paritätische Sachsen für eine Landesstelle Gemeindepsychiatrie ein. Wir sprachen darüber mit Doreen Voigt, Referentin für Psychiatrie und Sucht.

Frau Voigt, warum braucht es mehr Aufmerksamkeit für die psychische und psychiatrische Versorgung in Sachsen?

Doreen Voigt: Unsere Gesellschaft ist in vielerlei Hinsicht gefordert: Es besteht ein hoher Leistungsdruck, wir sind immer in der Selbstopтимierung. Hinzu kommen große Veränderungen: neue virtuelle Welten, neue Kommunikationsformen und ein Wandel unserer sozialen Beziehungen. Die Pandemie hat unseren Alltag auf den Kopf gestellt. Durch das Corona-Virus wurde

die Zunahme psychischer Belastungen wie in einem Brennglas sichtbar. Die Aufmerksamkeit für psychische Erkrankungen nimmt zu, und dennoch wissen wir viel zu wenig über die Art der Erkrankungen. Wir brauchen mehr Klarheit, welche Hilfsangebote in Sachsen am dringendsten benötigt werden. Neben Depressionen oder Burn-Out-Erkrankungen gibt es ein großes Dunkelfeld. Das betrifft zum Beispiel Psychosen oder Essstörungen, die weiter auf dem Vormarsch sind und Frauen sowie Männer betreffen.

Weshalb ist eine koordinierende Landesstelle Gemeindepsychiatrie der richtige Weg, und was kann sie ganz praktisch verbessern?

Doreen Voigt: So können die verschiedenen psychischen Erkrankungen sichtbarer werden. Und wenn wir mehr wissen, können wir auch passendere Hilfsangebote schaffen. Das ist vor allem im ländlichen Raum notwendig, denn dort gibt es in vielen Bereichen eine deutliche Unterversorgung mit adäquaten Angeboten. Vor allem gibt es in Sachsen bereits ein ähnliches Modell, das funktioniert. Die seit vielen Jahren vom Freistaat geförderte „Landesstelle gegen die Suchtgefahren“ liefert Zahlen zu Suchterkrankungen und kann aufzeigen, welche Suchthilfe-Angebote notwendig sind. Im jährlichen Suchtbericht für Sachsen werden Entwicklungen und Bedarfe öffentlich gemacht, damit Menschen mit Alkoholerkrankungen, Spielsucht oder Abhängigkeit von illegalen Drogen das passende Therapieangebot finden. Im Landeshaushalt kann dann die Finanzierung der Suchtihilfelandchaft entsprechend angepasst werden. Ähnliches soll eine Landesstelle

Gemeindepsychiatrie leisten. Es geht zuallererst um eine solide Datenbasis. Bisher agiert der Freistaat in dem Bereich eher nach einem Bauchgefühl.

Und welchen Vorteil hat das für die Bürger*innen in Sachsen?

Doreen Voigt: Betroffene und ihre Angehörigen können in Krisen besser informiert werden, wie und wo sie möglichst schnell Hilfe erhalten. Ausreichend Therapieangebote und ein starkes Hilfenetz sind für die gesamte Gesellschaft von Vorteil. Denn eine psychische Erkrankung kann alle von uns treffen. Und schnelle Hilfe kann schwere Krankheitsverläufe und lange Arbeitsunfähigkeit zumindest mindern. Ein Beispiel: Angststörungen müssen schnellstmöglich behandelt werden, damit sie sich nicht ausprägen und chronisch werden. Außerdem schaffen wir so ein Frühwarnsystem für ganz Sachsen. Die Landesstelle soll aber auch helfen, Stigmatisierung entgegenzuwirken, besser aufzuklären und so Vorurteile abzubauen.

So soll die Landesstelle Gemeindepsychiatrie in Sachsen bis 2030 wirken:

- Verlässliche Hilfen in ganz Sachsen schaffen und die psychische und psychiatrische Gesundheitsversorgung stärken.
- Eine Vernetzung zu Hilfsangeboten in den Landkreisen und kreisfreien Städten unterstützen.
- Präventive Angebote fördern, aufklären und Vorurteile gegenüber psychischen Erkrankungen abbauen helfen.

Lesen Sie das **Positionspapier „Landesstelle für Gemeindepsychiatrie: Versorgungslücken schließen - psychisch Kranken schnell und wirksam helfen“** sowie weitere Sozial- und bildungspolitische Lösungen für Sachsen auf unserer Themenseite:

www.parisax.de/landtagswahl2024



Sie haben Fragen oder möchten sich zu unserem Vorschlag einer Landesstelle für Gemeindepsychiatrie austauschen? Unsere Fachreferentin für Sucht und Sozialpsychiatrie hilft Ihnen gerne weiter.

Doreen Voigt (Referat Psychiatrie und Sucht)

Telefon: 0341 - 961 746 2

E-Mail: doreen.voigt@parisax.de



Benachteiligten Jugendlichen eine Chance auf dem Arbeitsmarkt geben

Die arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit unterstützt Jugendliche am Übergang von der Schule zum Beruf. Über die Chancen für Betroffene und das Potential für den Arbeitsmarkt gab uns Kristin Höfler, Referentin für Arbeit und Beschäftigung, Auskunft.

Frau Höfler, am Übergang von der Schule zur Ausbildung und ins Erwerbsleben scheitern manche Jugendliche. Ist das auch in Sachsen ein Thema?

Kristin Höfler: Ja, denn dieser Übergang gelingt auch bei uns nicht allen ohne Weiteres. Besonders schwer haben es junge Menschen, die keinen Schulabschluss schaffen. Sachsen hat im bundesweiten Vergleich eine der höchsten Schulabbrecherquoten. Allein 2021 blieben sachsenweit 2.800 Schüler*innen ohne Hauptschulabschluss. Das ist fast jeder Zehnte eines Jahrgangs! Es geht aber nicht nur um die Unterstützung bei fehlendem Schulabschluss, sondern auch um andere

Lebenssituationen. Das können Schulverweigerung aufgrund von Leistungsdruck oder Mobbing sein, eine psychische Erkrankung, Fluchterfahrung, Probleme in der Familie, Armut oder gar Wohnungslosigkeit.

Unser Ziel muss es sein, niemanden zurückzulassen, neue Bildungsangebote zu schaffen und durch Soziale Arbeit das Potential eines jeden Menschen zu fördern. Andernfalls droht vielen Betroffenen Perspektivlosigkeit und ohne Arbeit auch Armut. Es kann nicht in unserem Interesse sein, dass junge Leute dauerhaft auf Sozialleistungen angewiesen sind. Vielmehr gilt es, sie dabei zu unterstützen, ihren Lebensunterhalt

selbstbestimmt zu verdienen und beispielsweise eine Ausbildung aufzunehmen, die sie motiviert. Das stärkt in Zeiten von Personalmangel auch den sächsischen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.

Was kann die arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit hierbei bewirken?

Kristin Höfler: Sie unterstützt junge Menschen in ihrer Entwicklung und bei ihrem Weg in eine Ausbildung oder in Arbeit. Mit den Betroffenen werden Perspektiven entwickelt. Es geht darum, Selbstvertrauen zu stärken, nach persönlichen Rückschlägen wieder eigene Erfolge zu erleben und Klarheit zu bekommen, was man will und wo die eigenen Stärken liegen. Im Mittelpunkt stehen dabei die individuelle Unterstützung durch Beratung und Begleitung sowie praxisorientiertes Lernen, zum Beispiel in Jugendwerkstätten oder Produktionsschulen. Diese sozialpädagogisch begleiteten Angebote am Übergang von Schule zum Beruf zeigen nachweislich Wirkung.

Wie kann Sachsen die arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit bis 2030 stärken?

Kristin Höfler: Vor allem müssen Angebote, die aktuell über den Europäischen Sozialfonds gefördert werden, langfristig bestehen bleiben. Die laufende Förderperiode endet 2027 und noch ist unklar, wie es in Zukunft weitergeht. Vielen Angeboten kann das Aus drohen, wenn wir nicht frühzeitig über Perspektiven außerhalb der ESF-Förderung nachdenken - beispielsweise über ein entsprechendes Landesprogramm. In Zeiten klammer Kassen in den Kommunen muss der Freistaat sozialpädagogische Hilfen für Jugendliche am Übergang ins Arbeitsleben mitfinanzieren, denn die Städte und Gemeinden können diese wichtige Aufgabe nicht allein stemmen. Wir werden dranbleiben, damit im Jahr 2030 benachteiligte Jugendliche in Sachsen bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben als heute. Und ich bin überzeugt, davon profitieren nicht nur die Betroffenen, sondern wir alle.

So soll die arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit bis 2030 gestaltet sein:

- Die Sächsischen Ministerien für Kultus, Wirtschaft und Soziales verfolgen über ein Landesförderprogramm eine gemeinsame Strategie bei der Integration benachteiligter Jugendlicher in den Arbeitsmarkt.
- Das Programm orientiert sich an der Fachempfehlung des Landesjugendhilfeausschusses zur arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit im Freistaat Sachsen.
- Es gibt ausreichend Angebote für junge Menschen, die Unterstützung beim Übergang von der Schule in die Ausbildung oder ins Erwerbsleben benötigen.

Lesen Sie das **Positionspapier „Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit: Benachteiligten Jugendlichen eine Chance geben“** sowie weitere Sozial- und bildungspolitische Lösungen für Sachsen auf unserer Themenseite:

www.parisax.de/landtagswahl2024



Sie haben Fragen oder möchten sich über unseren Vorschlag zur Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit austauschen? Unsere Fachreferentin für Arbeit und Beschäftigung hilft Ihnen gerne weiter.

Kristin Höfler (Referat Arbeit und Beschäftigung)

Telefon: 0351 - 828 71 141

E-Mail: kristin.hoefler@parisax.de



Kinder und deren Familien mit Kita-Sozialarbeit stärken

An Kitas werden viele Aufgaben gestellt. Sie sollen Kinder individuell fördern und gut betreuen. Der gesetzliche Auftrag, benachteiligte Kinder besonders zu unterstützen, ist weniger im Fokus. Kita-Sozialarbeit leistet dabei einen wichtigen Beitrag. Hartmut Mann, Referent für Jugendhilfe, zeigt auf, warum es zukünftig mehr Unterstützung von der Landespolitik braucht.

Hartmut Mann, was kann Kita-Sozialarbeit leisten und warum ist sie wichtig?

Hartmut Mann: Politik konzentriert sich in Kitas und Schulen oft darauf, möglichst eine gute Bildung und Betreuung zu gewährleisten. Dabei wird mitunter übersehen, dass laut Bundesgesetz in der Kita und Jugendhilfe auch Benachteiligungen abgebaut werden sollen. Und in dem Bereich ist viel zu tun, denn es gibt viele Ursachen für Benachteiligungen: die

Armut der Eltern, schwierige familiäre Verhältnisse, Behinderungen, psychische Gesundheitsprobleme, Migrationshintergrund oder das Aufwachsen ohne Eltern, sind einige davon. Das führt oft zu sozialer Ausgrenzung, schlechteren Lebensverhältnissen und geringeren Bildungschancen. Fachkräfte in Kitas und Grundschulen zeigen uns an, dass sie angesichts der Vielfalt an Aufgaben, zusätzliches Personal brauchen, um diesen Kindern mehr Aufmerksamkeit geben zu können. Ich teile das, denn die Lebensphase zwischen

3 und 10 Jahren ist ganz entscheidend und prägend für den weiteren Lebensweg. Wenn es gelingt, Kinder mit ungleichen Startchancen zu fördern, wirkt sich das auch positiv auf deren schulischen Weg aus.

Wird Kita-Sozialarbeit aktuell gefördert in Sachsen und wenn ja, ist das ausreichend?

Hartmut Mann: Ja und Nein. Sachsenweit werden 280 Kitas über das Programm „KINDER STÄRKEN 2.0“ gefördert. In diesen Einrichtungen gibt es eine zusätzliche Fachkraft, die sich mit 30 Wochenstunden den Kindern mit besonderen Lern- und Lebenserschwerissen widmen kann. Dieses über den Europäischen Sozialfonds finanzierte Programm wird sehr gut angenommen und zeigt nachweislich Wirkung. Einige Kommunen verstärken die Kita-Sozialarbeit durch eigene Fördertöpfe, zum Beispiel Dresden. Doch die Förderung ist nicht ausreichend, denn der angezeigte Bedarf ist um ein Vierfaches höher! Es lohnt, in diesem Bereich mehr zu investieren. Denn frühzeitige

Hilfen können helfen, höhere Folgekosten zu vermeiden, wie zum Beispiel Hilfen zur Erziehung. Die Kitas und Grundschulen sind der richtige Ort für Sozialarbeit, denn hier gibt es einen regelmäßigen Kontakt mit den Familien und auch die Zeit, auf die Kinder ganz individuell einzugehen.

Wie kann der Freistaat hier unterstützen und welche Aufmerksamkeit hat das Thema aktuell in der Landespolitik?

Hartmut Mann: Niemand wird abstreiten, dass in Kita und Hort alle Kinder individuell gefördert werden sollen. Doch Inklusion, Integration und Teilhabe brauchen mehr Zeit und Personal. Die Kita-Sozialarbeit braucht in der kommenden Wahlperiode mehr Aufmerksamkeit. Zumal die EU-Förderung für das Programm „Kinder stärken 2.0“ im Jahr 2027 ausläuft. Sachsen muss frühzeitig nach neuen Finanzierungsmodellen im Landehaushalt suchen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, ab 2028 ein Landesprogramm Kita-Sozialarbeit ins Leben zu rufen.

So soll die Kita-Sozialarbeit in Sachsen 2030 gestaltet sein:

- Sozialarbeit hat einen verbindlichen Platz in der frühkindlichen Bildung. Das ergänzende sozialpädagogische Angebot konzentriert sich auf die im Sozialgesetzbuch VIII formulierten Aufgabe, Benachteiligungen bei Kindern abzubauen.
- Diese sozialpädagogischen Fachkräfte entlasten das Kita-Team, indem sie Kinder in besonderen Lebenslagen individuell unterstützen und so auch deren Familien stärken.
- Das ESF-Förderprogramm „KINDER STÄRKEN 2.0“ wird (ab 2028) als Landesprogramm Kita-Sozialarbeit fortgeführt und weiterentwickelt. Die Zusammenarbeit zwischen Sozialarbeit in Kita, Schule und Hort wird gefördert.

Lesen Sie das **Positionspapier „Familien und Kinder mit Kita-Sozialarbeit unterstützen“** sowie weitere Sozial- und bildungspolitische Lösungen für Sachsen auf unserer Themenseite:

www.parisax.de/landtagswahl2024



Sie haben Fragen oder möchten sich darüber austauschen wie Sozialarbeit in Kitas Kinder und Familien nachhaltig stärkt? Sprechen Sie unseren Fachreferent für Kinder- und Jugendhilfe an.

Hartmut Mann (Referat Jugendhilfe)
 Telefon: 0351 - 828 71 144
 E-Mail: hartmut.mann@parisax.de



Weiterbildung in der sozialen Arbeit stärken

In einer Zeit vieler Veränderungen ist Weiterbildung eine wichtige Grundlage, um anstehenden Herausforderungen gewachsen zu sein. Wie der Freistaat die Soziale Arbeit darin unterstützen kann, zukunftsfähig zu bleiben, besprechen wir mit Karolin Amlung, Referentin für Weiterbildung.

Karolin Amlung, woran merkt man, dass die soziale Arbeit beim Thema Weiterbildung bisher zu wenig berücksichtigt wird?

Karolin Amlung: Die Arbeitswelt ist in Bewegung. Das geht auch an gemeinnützigen sozialen Organisationen nicht vorbei. In deren Wirkungsbereich gibt es ebenfalls neue gesetzliche Vorgaben im Beruf, veränderte Arbeitsstrukturen sowie neue Anforderungen an Führungskräfte. Oder denken wir an technische Neuerungen. So gibt es im sozialen Bereich beispielsweise Einsatzmöglichkeiten für künstliche Intelligenz, die genutzt werden sollten. Wie bei allen Veränderungen müssen wir jedoch lernen, damit umzugehen. Da geht es einerseits um konkretes Wissen und andererseits um dessen Umsetzung im Arbeitsalltag.

Obwohl Weiterbildungen vor diesem Hintergrund für das Unternehmen und die Beschäftigten elementar wichtig sind, fallen diese oft dem Druck, dem Stress und der Zeitnot als erstes zum Opfer. Hinzu kommt die finanzielle Komponente, denn gute Weiterbildung kostet Geld. Hier kann der Freistaat mit attraktiven Förderbedingungen ansetzen.

Welchen Vorteil hat es für die Bürger*innen in Sachsen, wenn Landespolitik die Weiterbildungen für gemeinnützigen Unternehmen in Sachsen besonders unterstützt?

Karolin Amlung: Landespolitik muss ein Interesse daran haben, dass soziale Unternehmen - und damit ja letztendlich die komplette soziale Infrastruktur - zukunftsfähig bleiben. Sie stehen innerhalb, aber auch

branchenübergreifend, im Wettbewerb um Arbeits- und Fachkräfte. Zudem sollen und wollen sie in der Lage sein, gesellschaftliche Herausforderungen umzusetzen. Viele stehen beispielsweise vor der Frage, wie gestalte ich mein Unternehmen nachhaltig und energieeffizient oder wie stelle ich meine Dienstpläne ausfallsicher auf.

Wir haben in der sächsischen Weiterbildungslandschaft zwar eine große Anbietervielfalt, deren Finanzierungsgrundlagen sind allerdings sehr unterschiedlich ausgestaltet. Unserer Ansicht nach braucht es in Sachsen eine andere Förderlogik, die mehr individuelle Fördermöglichkeiten bietet, damit Weiterbildung viel bedarfsorientierter erfolgen kann.

Was plant die Landespolitik und wie kann sie soziale Arbeit ganz konkret unterstützen?

Karolin Amlung: Der Freistaat Sachsen arbeitet derzeit an einer Weiterbildungsstrategie und aufbauend darauf an einem neuen sächsischen Weiterbildungsgesetz. An beiden Stellen müssen die Soziale Arbeit und gemeinnützige Akteure von Beginn an mitgedacht

werden, damit die dort formulierten Ansätze und Fördermöglichkeiten für Nutzer*innen und Anbieter aus diesem Bereich passen.

Es braucht eine individuelle, unabhängige Beratung zu den sächsischen Weiterbildungsangeboten. Zudem muss der Weiterbildungsmarkt mehr auf die Anforderungen sozialer Arbeit eingehen. Weiterbildungsträger befinden sich aktuell ebenfalls in einem Transformationsprozess. Die klassischen mehrtägigen Workshops passen oft nicht mehr in die Realität des Arbeitsalltags. Digitale Angebote und Lernplattformen können hier eine Lösung sein. Diesen Wandel umzusetzen kostet Zeit und Geld. Insbesondere für gemeinnützige Bildungsträger ist das ein großes Problem, da die Gemeinnützigkeit nur bedingt Rücklagenbildung zulässt und beispielsweise die Investitionen in technische Infrastruktur somit nur eingeschränkt möglich ist. Deshalb sollte das neue Weiterbildungsgesetz entsprechende Förderung ermöglichen und die gesetzliche Verankerung der Finanzierung von Weiterbildungsträgern und -aktivitäten unterstützen.

So soll die Weiterbildung in der Sozialen Arbeit 2030 gefördert werden:

- Die sächsische Weiterbildungsstrategie fördert nicht nur Fachkompetenzen, sondern auch die Vermittlung von Zukunftskompetenzen, um den Wandel in der Arbeitswelt und in sozialen Einrichtungen aktiv gestalten zu können.
- Sachsen hat die Förderlogik für Weiterbildungsträger erweitert und den Zugang zu finanzieller Unterstützung erleichtert.
- Wer sich innerhalb der Sozialen Arbeit beruflich weiterbilden möchte, erhält eine unkomplizierte Förderung.

Lesen Sie das **Positionspapier „Weiterbildungen in der sozialen Arbeit fördern – Fachkräfte und gemeinnützige Unternehmen stärken“** sowie weitere Sozial- und bildungspolitische Lösungen für Sachsen auf unserer Themenseite:

www.parisax.de/landtagwahl2024



Sie haben Fragen oder möchten sich über unseren Vorschlag für ein Weiterbildungsgesetz austauschen? Sprechen Sie unsere Fachreferentin für Weiterbildung an.

Karolin Amlung (Referat Weiterbildung)
 Telefon: 0351 - 828 71 430
 E-Mail: karolin.amlung@parikom.de



Freiwilligendienste sichern – Engagement fördern

Freiwilligendienste sind ein Gewinn für die Engagierten und die Gesellschaft. Doch die Finanzierung ab 2025 ist ungewiss und in der Konsequenz droht vielen hundert Freiwilligendienstplätzen in Sachsen das Aus. Maria Hille, Bereichsleiterin der Jugendfreiwilligendienste, zeigt auf, wie die Landespolitik darauf reagieren sollte.

Maria Hille, welchen Wert hat das Engagement der überwiegend jungen Freiwilligendienstleistenden für den Freistaat?

Maria Hille: Der Einsatz hat einen großen Wert. Über 3000 Einrichtungen werden in ihrer alltäglichen Arbeit unterstützt. Der Einsatz stärkt aber auch das Miteinander in unserer Gesellschaft. Und der Bedarf ist hoch. Alle Plätze, die wir als Paritätische Freiwilligendienste Sachsen gGmbH angeboten haben, sind für dieses Jahr belegt. Besonders beliebt ist das Freiwillige Soziale Jahr, in dem sich junge Menschen bis 27 Jahren engagieren können. Der Einsatz erfolgt hier hauptsächlich in Kitas, Schulen oder der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Aber auch Angebote für Menschen mit Behinderungen oder die Altenpflege sind Bereiche, die von diesem Engagement profitieren.

Für viele der Freiwilligen ist es die erste praktische Erfahrung nach der Schule. Wir dürfen sie dabei begleiten und ich erlebe, wie junge Menschen während ihres Freiwilligenjahres an ihrer Aufgabe wachsen, selbstbewusster werden und sich beruflich orientieren. Zudem bringt der Freiwilligendienst verschiedene Menschen zusammen. Sie begegnen sich und lernen voneinander – ganz unabhängig von ihrem vorherigen Bildungsweg, ihrer Herkunft oder ihrem Alter. Aber auch auf lange Sicht ist der freiwillige Einsatz ein Gewinn, denn Freiwilligen-Befragungen belegen, dass ein solches Jahr überdurchschnittlich oft dazu führt, sich weiterhin in der Gesellschaft zu engagieren. Der Wert für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und eine aktive Zivilgesellschaft ist nicht zu unterschätzen.

Wie ist der politische Rückhalt für die Freiwilligendienste in Sachsen?

Maria Hille: Die Anerkennung steigt und das Engagement wird wertgeschätzt, auch im politischen Raum. Sachsen fördert im Vergleich zu anderen Bundesländern viele Plätze. Das ist sehr erfreulich. Und dennoch trübt sich das Bild aktuell. Obwohl die Freiwilligendienste ein fester Bestandteil der Ehrenamtsförderung in Deutschland sind und sehr gut nachgefragt werden, sind sie von massiven Kürzungen bedroht. Der Anteil der Bundesförderung soll ab 2025 um ein Drittel reduziert werden. Hinzu kommen steigende Kosten bei den Einsatzstellen. Wenn die Landespolitik auf diese Entwicklungen nicht reagiert, sind mindestens 850 Freiwilligendienststellen akut gefährdet. Und wenn es nicht gelingt, die kleinen Einrichtungen bei den Kostensteigerungen zu unterstützen, dann könnten weit mehr Stellen wegbrechen.

Was wünschen Sie sich vor diesem Hintergrund von der von der Landespolitik?

Maria Hille: Angesichts der drohenden Kürzungen im Bundeshaushalt braucht es einen frühzeitigen Plan auf Landesebene. Aus unserer Sicht muss es in allererster Linie darum gehen, die aktuellen Plätze in Sachsen stabil zu halten. Dafür braucht es zweierlei: Sollten Bundesmittel wegbrechen, sollte das unbedingt über Landesmittel abgefangen werden. Außerdem brauchen die Einsatzstellen eine finanzielle Entlastung. Insbesondere die vielen kleinen sozialen Einrichtungen können die steigenden Kosten nicht länger allein tragen. Notwendig ist eine dynamische Förderung über den Landeshaushalt mit fünf Prozent Inflationsausgleich. Nur so gelingt es, die Freiwilligendienste zukünftig zu sichern. Unserer Meinung nach ist dies eine wichtige Investition in den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Sachsen.

So sollen die Freiwilligendienste in Sachsen 2030 gefördert sein:

- Die Freiwilligendienste in Sachsen werden als wichtiges gesellschaftliches Engagement junger Menschen wertgeschätzt und über Landesmittel verlässlich finanziert.
- Sachsen stellt im Landeshaushalt die Finanzierung von mindestens 2100 Plätzen in den Freiwilligendiensten sicher und gleicht Kürzungen auf Bundesebene bei Bedarf aus.
- Der Fördersatz pro Teilnehmenden pro Monat ist dynamisch gestaltet und berücksichtigt einen Inflationsausgleich von fünf Prozent, um insbesondere die vielen Einsatzstellen bei kleinen Trägern bei Kostensteigerungen zu unterstützen.

Lesen Sie das **Positionspapier „Freiwilligendienste in Sachsen sichern – Engagement junger Menschen fördern“** sowie weitere Sozial- und bildungspolitische Lösungen für Sachsen auf unserer Themenseite:

www.parisax.de/landtagswahl2024



Sie haben Fragen oder möchten sich über unseren Vorschlag für attraktive Freiwilligendienste austauschen? Sprechen Sie unsere Expertin für Freiwilligendienste an.

Maria Hille (Paritätische Freiwilligendienste Sachsen gGmbH)

Telefon: 0351 - 828 71 320

E-Mail: hille@parisax-freiwilligendienste.de

Gemeinnützige Akteure im Wandel unterstützen

In Zeiten vieler Veränderungen müssen auch gemeinnützige Organisationen Schritt halten können. Oft fehlen ihnen dafür jedoch die Ressourcen. Rücklagen für notwendige Investitionen in Klimaanpassung, Digitalisierung oder Personalentwicklung können sie fast nicht bilden. Daher müssen die besonderen Rahmenbedingungen gemeinnütziger Organisationen in Politik und Verwaltung zukünftig stärker berücksichtigt werden.

Gemeinnützige Organisationen arbeiten nicht gewinnorientiert. Sie dürfen und können nur begrenzt Überschüsse erwirtschaften. Eventuelle Rücklagen sind zweckgebunden im Sinne des Organisationsziels zu verwenden. Fördergelder, Spenden oder Leistungsentgelte – alle Mittel sind an die originären Aufgaben der jeweiligen Organisation gebunden. Daher haben gemeinnützige Akteure nur sehr begrenzte Möglichkeiten, in die beschriebenen transformationsbedingten Aufgaben zu investieren.

Hinzu kommt, dass die deutsche Förderlandschaft traditionell auf Akteure aus der freien Wirtschaft ausgerichtet ist. Dieser Förderlogik liegt die Annahme zugrunde, dass Fördergelder als Anschubfinanzierung zukünftige Gewinne ermöglichen und Unternehmen in die Lage versetzen, weitere Investitionen selbstständig zu tätigen. Diese Förderlogik widerspricht allerdings dem beschriebenen Rahmen der Gemeinnützigkeit.

Gemeinnützige Organisationen bei Zukunftsaufgaben gezielt unterstützen

Gemeinnützige Organisationen brauchen zur Bewältigung der transformationsbedingten Aufgaben eine gezielte Unterstützung, die den Rahmenbedingungen Rechnung trägt, denen sie unterliegen. Andernfalls wird die soziale Infrastruktur – von der Kita bis zum Hospizverein – auf der Strecke

bleiben. Politik und Verwaltung müssen gemeinnützige Akteure bei der Förderung von Transformationen zukünftig konsequent mitdenken.

Bei der Planung zukünftiger Förderprogramme bzw. deren Verankerung im Landeshaushalt sind gemeinnützige Akteure als Zuwendungsempfänger klar zu benennen. Die Förderkriterien bestehender Programme müssen angepasst werden, damit gemeinnützige Organisationen diese nutzen können. So würde die Begrenzung der Eigenanteile auf zehn Prozent, die Hürden für gemeinnützige Akteure spürbar senken.

Förderkriterien anpassen - Beratung und Dialog ausbauen

In einem ersten Schritt sind die sächsischen Förderansätze auf ihre Tauglichkeit für gemeinnützige Organisationen zu evaluieren. Förderlücken sollen bis 2026 in einem Bericht zusammengefasst werden, um benötigte Mittel im Landeshaushalt 2027/28 bereitzustellen. Parallel dazu ist die Beratung zur Förderung transformationsbedingter Aufgaben auszubauen. Zudem sollte ein kontinuierlicher Dialog gemeinnütziger Organisationen mit den zuständigen Ministerien bzw. weiteren Fördermittelgebern, wie beispielsweise dem Kommunalen Sozialverband, etabliert werden.



Wie muß Förderung für gemeinnützige Organisationen gestaltet werden? Bei welchen transformationsbedingten Aufgaben benötigen gemeinnützige Akteure Unterstützung? Diese und andere Fragen können Sie mit Simone Zimmermann, kaufmännische Landesgeschäftsführerin und Bereichsleiterin Finanzen, besprechen.

Telefon: 0351 - 828 71 220
E-Mail: Simone.Zimmermann@parisax.de



#EchtGut für alle:

VORFAHRT FÜR GEMEINNÜTZIGKEIT!

#ECHTGut

Vorfahrt für Gemeinnützigkeit

Der Paritätische und seine Mitgliedsorganisationen sind gemeinnützig: Gewinne fließen nicht in die Taschen Einzelner, sondern dahin, wo sie gebraucht werden. Das sichert den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Deshalb: Vorfahrt für Gemeinnützigkeit gegenüber Gewinnstreben oder Verstaatlichung.



 DER PARITÄTISCHE



www.der-paritaetische.de/echtgut

Migrationsdebatte: Zurück zum Thema bitte.

Die Debatte um Zuwanderung ist aufgeheizt. Pauschalurteile werden zunehmend salonfähig und der Kurs gegenüber Schutzsuchenden wird restriktiver. Probleme löst dies jedoch nicht. Wir brauchen wieder mehr Maß in unseren Debatten, fordert Hendrik Kreuzberg, Referent Migration, in seinem Kommentar.

In Debatten, also Streitgesprächen, diskutieren Menschen miteinander. Sie hören einander zu, äußern ihre Überlegungen und wägen gemeinsam Argumente ab. Davon lebt unsere Demokratie. Diese Debattenkultur scheint in den letzten Jahren insbesondere bei den Themen Zuwanderung und Migration abhandengekommen zu sein. Die Mehrzahl der aktuellen flüchtlingspolitischen Diskussionen gleicht eher einem populistischen Überbietungswettbewerb als einer sachorientierten Debatte.

So fordern Politiker*innen aus der sogenannten Mitte physische Gewalt zur Abwehr von Migrant*innen, begründen den Qualitätsverlust der Schulbildung mit der notwendigen Beschulung Geflüchteter oder knüpfen die Einführung von Bezahlkarten an die Absenkung von Leistungen zur Lebenssicherung. Solche Vorschläge lösen keine Probleme. Sie verschärfen einerseits die ohnehin schon prekäre Lebenslage Schutzsuchender und bilden andererseits den Nährboden für Hass und gesellschaftliche Entsolidarisierung.

Das ist nicht nur für jene Menschen problematisch, die schutzsuchend zu uns kommen. Wir alle werden es spüren, wenn es normal wird, bestimmten Personengruppen die Schuld für dieses und jenes zuzuweisen, ohne tatsächlich an Lösungen zu arbeiten. Sündenbockrhetorik hat noch nie zur Verbesserung von Verhältnissen geführt. Im Gegenteil: Sie verhindert den lösungsorientierten Diskurs oder mündet bestenfalls in wirkungslosem Aktionismus. Im schlimmsten Fall kostet sie Menschenleben.

So benötigen wir auf die aktuellen migrationspolitischen Fragestellungen konkrete und pragmatische Antworten. Antworten, die der fortschreitenden Diskriminierung

geflüchteter Menschen entgegenwirken und keine voreiligen Schuldzuweisen zulassen. Antworten, die den Menschen gesellschaftliche, berufliche und soziale Perspektiven bieten. Denn davon profitieren wir alle.

Wir scheinen den Blick für die Chancen nahezu völlig verloren zu haben, und sind Meister darin geworden, nur noch die Defizite zu sehen. Im kürzlich veröffentlichten Sachsenmonitor stimmten zwei Drittel der Aussage zu, dass Sachsen bereits stark überfremdet sei. Eine Annahme fern ab der Realität. Anfang Oktober 2023 lebten in Sachsen 33.252 Asylbewerber*innen. Dies entspricht 0,82 Prozent der sächsischen Bevölkerung. Natürlich fordert die Aufnahme dieser Menschen uns alle heraus. Unbestritten ist auch, dass nicht alles rund läuft. Es ist jedoch bei weitem nicht so schlimm, wie man anhand des öffentlichen Diskurses glauben könnte.

Werden Schutzsuchende permanent in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung gestellt und der Umgang mit ihnen immer restriktiver, verschiebt sich die Debatte weiter nach rechts. Das vergiftet das gesellschaftliche Klima und gefährdet letztendlich unsere Demokratie insgesamt.

Lassen wir es nicht zu, dass Schuldzuweisungen und polarisierende Aussagen zu akzeptierten Mitteln im gesellschaftlichen Diskurs werden. Falschbehauptungen dürfen nicht unwidersprochen bleiben oder sollten mindestens hinterfragt werden. Es geht um nicht weniger als unsere Demokratie. Jenen Rahmen, der auch Grundlage für unser gemeinnütziges Handeln ist. Jetzt und gerade hinsichtlich der Landtagswahlen benötigen wir gemeinsame Anstrengungen von Politik und Zivilgesellschaft für ein demokratisches und weltoffenes Sachsen. Stehen wir zusammen dafür ein!



Sie haben Fragen oder möchten sich mit unserem Fachreferat für Migration austauschen? Unser Fachreferent Hendrik Kreuzberg hilft Ihnen gerne weiter.

Telefon: 0351 - 828 71 145

E-Mail: hendrik.kreuzberg@parisax.de

Taktisch wählen: Sind Leihstimmen sinnvoll?

Sachsen hat die Wahl. Neben den etablierten Parteien gibt es zahlreiche Neugründungen und Bündnisse. Tina Siebeneicher, Referentin für Verbandskommunikation, kommentiert das Für und Wider von Wahlumfragen, politischen Farbspielen und Leihstimmen.

Dieses Mal scheint vieles anders. Neue Parteien, wie die „Werteunion“ oder das „Bündnis Sahra Wagenknecht“ haben sich gegründet. Die „Freien Wähler“ wollen sachsenweit dazugewinnen. Etablierte Parteien kommen unter Druck, denn das politische Bewerberfeld wächst und wächst. Es scheint nicht leicht den Überblick zu behalten, wer denn nun welche politischen Ziele verfolgt.

Sachsen ist polarisiert und politisiert.

Auf den Straßen zeigt sich in den vergangenen Monaten vielfältiger Protest, aber auch eine breite, neue zivilgesellschaftliche Bewegung. In großen, wie kleineren Städten, in vielen Regionen, gibt es den Ruf nach einer wehrhaften Demokratie. Und ja, auch die Sorge vor einem Erstarken extremer Kräfte und deren Einfluss auf das Zusammenleben in Sachsen.

Der Paritätische Sachsen unterstützt Demonstrationen, die sich für Vielfalt, Offenheit und Toleranz aussprechen. Denn dies sind jene Werte, die im Leitbild des Verbandes festgeschrieben sind. Sie bilden die unverrückbare Grundlage unserer alltäglichen Arbeit – in der Landesgeschäftsstelle und den Regionalstellen ebenso wie in den sachsenweit fast 500 Mitgliedsorganisationen.

Umfragen sind keine Wahlergebnisse.

Es vergeht kaum eine Woche ohne Wahlprognosen, Sonntagsumfragen und politische Farbspiele, wie eine zukünftige Koalition im Freistaat aussehen könnte. In den Medien wird diskutiert und spekuliert, wer die

Fünf-Prozent-Hürde schafft oder Gefahr läuft, aus dem Landtag zu fliegen – wer an Zustimmung gewinnt und wer diese verliert.

Eine Leihstimme ist eine verschenkte Stimme.

Deshalb denken dieses Mal wieder viele darüber nach, taktisch zu wählen. Sie wollen ihre Stimme einer Partei sozusagen leihen, um beispielsweise einen Rechtsruck zu verhindern. Ich glaube, das taktisches Wählen die Gefahr birgt, am Wahltag sein Kreuz auf dem Stimmzettel zu verschenken. Denn jede Umfrage ist nur eine Momentaufnahme. Und bei der Wahl geht es nicht nur darum, wer die stärkste politische Kraft ist. Mindestens genauso wichtig – wenn nicht sogar wichtiger – sind die Koalitionsoptionen, die sich aufgrund des Wahlergebnisses ergeben. Und die Inhalte der kommenden Koalition bestimmen die Zukunft Sachsens. Desto mehr Parteien zusammen regierungsfähige Mehrheiten bilden können, desto größer ist das inhaltliche Angebot.

Parteien an ihrer sozialen Agenda messen.

Das bringt mich zu dem Schluss, dass bei der Wahlentscheidung die Inhalte im Mittelpunkt stehen sollten. Der Verband hat klare Ziele und zehn ganz konkrete Vorschläge, wie ein soziales Sachsen 2030 politisch gestaltet werden kann. Diese Ziele können ein Maßstab sein, für die ganz persönliche, geheime Wahlentscheidung. In jedem Fall lohnt es sich, dieses Jahr ganz genau hinzuschauen, welche soziale Agenda die verschiedenen politischen Bewerber*innen anbieten.

Text: Tina Siebeneicher | Foto: Thomas Neumann

Tina Siebeneicher ist Referentin für Verbandskommunikation mit dem Schwerpunkt Politik. Sie haben Fragen oder sind anderer Meinung? Sprechen Sie Tina Siebeneicher direkt an.

Telefon: 0351 - 828 71 123
E-Mail: tina.siebeneicher@parisax.de





Europa aktiv mitgestalten!

Die Anfang September anstehende Landtagswahl wird – im Freistaat wie auch deutschlandweit – mit Spannung erwartet. Dass am 9. Juni parallel zu den Kommunalwahlen in Sachsen auch das neue Europäische Parlament gewählt wird, erscheint vielen von uns weniger greifbar: Spielt sich europäische Politik nicht vor allem in Brüssel ab? Nein! Europa hat sehr großen Einfluss auf unser Leben – auf Politik, Wirtschaft und Kultur, auf Umwelt, Ernährung und technologische Entwicklungen. Außerdem zählt jede Stimme, denn: Die europäische Idee als solche ist gefährdet.

Kein Kabelchaos mehr in Schubladen – und vor allem weniger Elektroschrott: Bis Ende 2024 wird es einheitliche USB-Schnittstellen der Ladekabel für Smartphones, Laptops, Kameras und viele weitere elektronische Geräte geben. Und zwar gesetzlich geregelt, basierend auf einem Beschluss der Europäischen Union (EU). Im Herbst 2023 hat die Bundesregierung dieser von der EU vorgegebenen Richtlinie zugestimmt und damit europäisches Recht in Deutschland umgesetzt. Selbst der US-amerikanische Technologiekonzern Apple – ein gigantischer Player auf dem weltweiten Markt – hat sich der EU-Vorgabe gebeugt.

Vom Gemüse bis zum Daten-Roaming

Die Gesetzgebung des Europäischen Parlaments und des Rats der EU wirken bis in unseren Alltag hinein: Ob gentechnisch veränderte oder bestrahlte Lebensmittel hergestellt und verkauft werden dürfen und ob solche Nahrungsmittel gekennzeichnet werden müssen, das entscheiden letztlich die Organe der Europäischen Union. Auch der preisliche Rahmen für landwirtschaftliche Erzeugnisse, die Abgasgrenzwerte für Kraftfahrzeuge, der zulässige Geräuschpegel von Rasenmähern oder Verbraucherschutzstandards werden von der EU vorgegeben.

Bereits zwei Drittel der in Deutschland gültigen Rechtsnormen gehen unmittelbar oder mittelbar auf Beschlüsse der EU zurück. Daher ist auch für

uns wichtig, wer im Europäischen Parlament sitzt und dort mitgestaltet. Mit unserer Stimme bei der Europawahl nehmen wir aktiv Einfluss auf die Politik und entscheiden mit, wer Abgeordnete*in im Europaparlament wird.

Was Europa uns bietet

Machen wir uns bewusst: Seit dem Vertrag von Maastricht (1992) besitzen alle EU-Bürgerinnen und -Bürgern neben ihrer jeweiligen Staatsbürgerschaft auch eine Unionsbürgerschaft. Damit sind neben dem Wahlrecht auch weitere Rechte verbunden: Freizügigkeit, Aufenthaltsrecht, Diskriminierungsverbot, diplomatischer Schutz, Petitionsrecht und Amtssprachenrecht. Pflichten (z.B. eine europäische Wehrpflicht) sind bislang nicht vorgesehen. Die Zugehörigkeit zur Union ist auf jedem EU-Reisepass deutlich erkennbar. Symbole wie der Sternenkreis, die Europa-Hymne und der Euro als gemeinsame Währung sind wichtige Elemente, da sie ein europäisches Bewusstsein und eine europäische Identität stiften.

Gemeinsam stark

Drängende Herausforderungen unserer Zeit – etwa Migration, Klimawandel oder Jugendarbeitslosigkeit – werden künftig nur gemeinsam – auf europäischer Ebene – gelöst werden können. Das Europäische Parlament ist zukunftsorientiert und engagiert sich generell sehr im Bereich der Jugendpolitik: Durch

Bildungs- und Mobilitätsförderprogramme wie Erasmus+ werden jungen Menschen Praktika und Studien- sowie Ausbildungsplätze in anderen EU-Ländern ermöglicht. Außen- und sicherheitspolitisch wird die Europäische Union künftig nur als Gemeinschaft handlungsfähig sein: gegenüber den Großmächten China, Russland und den USA. Dies gilt auch auf ökonomischem Sektor, denn bis 2050 wird unter den führenden sieben Wirtschaftsnationen kein EU-Land mehr sein.

Weltweit einzigartig

Das Europäische Parlament ist das einzige direkt gewählte überstaatliche Parlament der Welt: Es entscheidet über insgesamt rund 450 Millionen Menschen in 27 Mitgliedstaaten. Die Europäische Union garantiert Frieden innerhalb der Staatengemeinschaft und hat sich Demokratie, Versöhnung und die Verteidigung von Menschenrechten zum Ziel gesetzt. Auch wenn die EU teilweise an ihren eigenen Zielen scheitert, zum Beispiel da immer wieder geflüchtete Menschen aus Afrika oder Nahost an den EU-Außengrenzen sterben - für die Werte der EU einzustehen, Verantwortung zu übernehmen und die Staatengemeinschaft mitzugestalten - das ist auch eine einzigartige Chance für uns als EU-Bürger*innen.

Europäische Parteienfamilien

Die derzeit im Europäischen Parlament vertretenen deutschen Parteien - darunter die CDU und CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, die AfD, FDP, Volt, die Piratenpartei und andere - sind Mitglieder in europäischen Parteifamilien und bilden im Europaparlament Fraktionen. Die Europäische Volkspartei (EVP) ist beispielsweise die Fraktion der Christdemokraten im Europäischen Parlament - und mit 182 Abgeordneten die größte Fraktion. 29 von ihnen sind deutsche Abgeordnete, davon gehören 23 der CDU und sechs der CSU an.

Was auf dem Spiel steht

Es ist zu erwarten, dass populistische und rechtsextreme Parteien in einer Reihe von Ländern einen Aufstieg erleben werden - unter anderem in Deutschland, Italien, Schweden, Spanien und den Niederlanden. Das bedeutet, dass diese Kräfte, die der EU in der Regel ablehnend bis feindlich gegenüberstehen, auch bei der Zusammensetzung des neuen Europaparlaments an Einfluss gewinnen. Einige dieser Gruppierungen streben ein Zurückdrehen europäischer Errungenschaften oder tiefgreifende Reformen an, die meisten propagieren eine radikale Rückbesinnung auf nationalstaatliche Souveränität. Im demokratischen Spektrum der Parteien finden sich die Befürworter*innen einer Vertiefung der europäischen Integration - wobei auch unter ihnen keine Einigkeit besteht, wohin genau sich Europa in Zukunft entwickeln soll.

Sachsens Lage im Dreiländereck

Aufgrund der geographischen Nähe zu Polen und Tschechien wird das Thema Europa für und in Sachsen besonders wichtig. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit wäre ohne die EU gar nicht in dieser Form möglich. Offene Grenzen erlauben internationales Pendeln, EU-Fördermittel haben Einfluss auf das wirtschaftliche Leben in Sachsen. Ein weiterer Grund, sich an den Europawahlen zu beteiligen!

Unsere Stimme, die wir am 9. Juni abgeben, entscheidet zum einen über die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments als dem einzigen direkt gewählten Organ der EU. Zum anderen beeinflussen wir damit indirekt auch die Zusammensetzung der EU-Kommission. Denn diese wird vom Parlament maßgeblich mitbestimmt.

Europa konkret erleben

Warum ist die EU für Sachsen wichtig? Die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (SLpB) lädt sie herzlich zu den Europa-Wahlforen ein: An vier Orten in Sachsen können Sie mit den Spitzenkandidat*innen der sächsischen Parteien für die Europawahl ins Gespräch kommen! Für den Abend in Leipzig sind Spitzenkandidierende der Bundeslisten angefragt.

Zittau (Kronenkino) | 26. April 2024 | 18-20 Uhr

Chemnitz (LUXOR) | 3. Mai 2024 | 16-18 Uhr

Leipzig (Zeitgeschichtliches Forum) | 22. Mai 2024 | 18-20:30 Uhr

Plauen (Malzhaus) | 25. Mai 2024 | 16:30-18:30 Uhr

Weitere Infos unter: www.slpb.de





Kommunalwahlen - Vor Ort mitbestimmen.

Am 9. Juni 2024 sind Sachsens Bürger*innen aufgefordert, die Kommunalvertretungen in allen 418 Gemeinden sowie der zehn Kreistagen neu zu wählen. Die Besetzung dieser Institutionen wirkt sich unmittelbar auf die Situation vor Ort aus. Auch im Bestand sozialer Infrastruktur, wie beispielsweise in der Jugendhilfe oder Beratungsangeboten, kann dies Wirkung entfalten.

In diesem Jahr werden die sächsischen Bürger*innen insgesamt dreimal an die Wahlurne gebeten. Am 9. Juni kann auf der ganz großen Ebene – dem Europäischen Parlament – und ganz konkret bei sich vor Ort – in Gemeinden und den Kreistagen – mitbestimmt werden. Beides hat direkten Einfluss auf das eigene Leben. Daneben finden in 855 Gemeinden die Wahlen zum Ortschaftsrat statt.

Am konkretesten spürbar wird es für jede*n aber in der eigenen Kommune. Da reicht die Spannweite vom Umgang mit Schlaglöchern auf den örtlichen Straßen über Aktivitäten zur Belebung des Ortskerns bis hin zum Erhalt von Angeboten für Jugendliche und der Kita im Ort. Diese und weitere Themen sowie den Umgang damit legt man den gewählten Personen für eine fünfjährige Amtsperiode in die Hand – das alles bei angespannter Haushaltsslage und unterschiedlichen politischen Interessen.

Wahlberechtigt sind rund 3,3 Millionen volljährige Sächs*innen. In vielen anderen Bundesländern dürfen sich junge Menschen ab dem 16. Lebensjahr an Kommunalwahlen beteiligen. Lediglich bei der Europawahl dürfen auch in Sachsen Jugendliche ab 16 Jahren wählen gehen.

Kommunale Gremien sind ehrenamtlich besetzt

Oft vergessen wird, dass kommunale Vertretungen und die Ortschaftsräte mit ehrenamtlichen Personen besetzt werden. Hier gehen nicht Politprofis ins Rennen, die sich nach der Wahl über die Geschicke der Kommune ins Einvernehmen setzen müssen. Es sind engagierte Bürger*innen, die sich neben Beruf und Familie viele Wochenstunden für das Allgemeinwohl einbringen. Bei den Kommunalwahlen geht es also darum, die Weichen für den Umgang mit den Fragen vor der eigenen Haustür zu stellen und gleichzeitig die Mitwirkung aktiver Bürgerschaft zu stärken.

Kommunalwahlen als sozialpolitische Richtungsentscheidung

Die Zusammensetzung des jeweiligen Kommunalparlamentes wirkt sich auch darauf aus, wie die Rahmenbedingungen für die Soziale Arbeit gestaltet, finanziert und umgesetzt werden. Eine entscheidende Aufgabe der gewählten Vertreter*innen ist es, über den kommunalen Haushalt und die Verteilung der finanziellen Ressourcen zu bestimmen. Es ist zu erwarten, dass es immer wieder zu

Diskussionen darüber kommen wird, ob und wie die Soziale Arbeit vor Ort bedarfsgerecht und nachhaltig umgesetzt werden kann.

„Anlassbezogen sind wir immer wieder im Gespräch mit den Vertreter*innen der kommunalen Gebietskörperschaften“, berichtet Daniel Fuchs, Bereichsleiter der Regionalgeschäftsstellen des Paritätischen Sachsen. Gleichzeitig ermutigt er soziale Dienste und Einrichtungen, den direkten Kontakt mit den Personen in den für sie zuständigen Kommunalvertretungen zu suchen: „Wir erleben es immer wieder, dass soziale Angebote dem Rotstift zum Opfer fallen, weil den Entscheidungsträger*innen deren Bedeutung für den Ort nicht bewusst ist. Dort, wo es noch nicht geschieht, sollten Kontakte zu den kommunalpolitischen Akteur*innen aufgebaut und gepflegt werden. Zum Beispiel durch Einladungen, damit das jeweilige Angebot und dessen Funktion für das Zusammenleben erlebbar wird. Insbesondere die Jugendarbeit sollte diese Möglichkeiten stärker nutzen.“

Aktiv auf Landesebene, um die Jugend in den Kommunen zu stärken

Auf Landesebene setzt sich der Verband für eine verlässliche Jugendhilfeförderung des Freistaates ein. Das Ziel ist die gesetzliche Verankerung der Förderung, um auch den Kommunen mehr Verlässlichkeit für ihr eigenes Handeln zu bieten. Carsten Schöne, Regionalleiter für die Stadt Dresden und den Landkreis Görlitz beim Paritätischen Sachsen, mahnt mit Blick auf die Förderung der Jugendarbeit durch den Freistaat: „Bei der Zuwendung der finanziellen Mittel wird ausschließlich die Anzahl der ‚Jung-Einwohner‘ als Bemessungsgrundlage genommen, nicht aber die Fläche der Regionen. Dies ist besonders fatal, wenn durch den demografischen Wandel und die Abwanderung junger Menschen die Zahlen sinken, gleichzeitig jedoch weite Strecken für die Nutzung von Freizeitangeboten überwunden werden müssen. Dies führt dazu, dass wichtige soziale Angebote in der Jugendhilfe dauerhaft unterfinanziert sind und möglicherweise bald vollständig wegfallen.“ Daher appelliert er bei den kommenden Wahlen insbesondere die Perspektive auf die jungen Menschen zu richten, die

in der Kommunalpolitik oft unterrepräsentiert sind. Für die Entwicklung und Zukunftssicherung einer Gemeinde seien jedoch gerade die jüngeren Generationen wichtig.

Bedarfsorientiert durch valide Sozialplanungen

Dass die finanzielle Situation einer Kommune für die Ausgestaltung der Sozialen Arbeit eine wichtige Rolle spielt, ist nachvollziehbar. Eine Reduzierung auf fiskalische Argumente greift jedoch zu kurz. Die Bedeutung von kontinuierlicher und beteiligungsorientierter Sozial- und Jugendhilfeplanung muss gestärkt werden. Anhand dieser lassen sich tatsächliche Bedarfslagen ableiten und mögliche Prioritätensetzungen auf eine valide Basis stellen. Daher braucht es in der Kommunalpolitik Amtsträger*innen, die trotz schwieriger Haushaltslagen bedarfsorientierte Sozialpolitik ermöglichen möchten und erkannt haben, dass eine bedarfsgerechte soziale Infrastruktur in der eigenen Gebietskörperschaft zur Lebensqualität beiträgt und gleichzeitig ein positiver Standortfaktor sein kann.

Kommunalwahl bewusst nutzen – Handlungsspielräume kennen

„In diesem Wahljahr und nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der Debatten um unsere Demokratie sind wir als Wahlberechtigte mehr denn je gefordert, uns mit den Themen, Anliegen und Handlungsspielräumen der Parteien und Kandidat*innen zu befassen. Die Herausforderung liegt darin, sich nicht nur mit Wahlprogrammen der Parteien oder Wahlbündnisse auseinanderzusetzen. Insbesondere bei den Kommunalwahlen sollte man sich diesmal auch mit dem bisherigen Handeln der zur Wahl stehenden Personen befassen, da die jeweilige Parteizugehörigkeit meist nur eine nachgeordnete Rolle spielt, wenn es um ganz konkrete Anliegen geht. Daher ist es ratsam, im Vorfeld der Wahlen das direkte Gespräch mit den kommunalen Kandidat*innen zu suchen und nach ihren Ideen für den Ort zu fragen. Auch zur Einstellung gegenüber der sozialen Infrastruktur im Wirkungsbereich lässt sich so mehr erfahren. Dies hilft in jedem Fall, um eine fundierte Wahlentscheidung im Sinne des eigenen Wohnumfeldes zu treffen“, regt Daniel Fuchs an.

Ob Landkreis, Kommune oder Gemeinde jede Gebietskörperschaft hat ihre eigenen Spielräume, um die Gegebenheiten vor Ort zu gestalten. Unsere Regionalgeschäftsstellenleiter*innen sind sachsenweit für die Belange Sozialer Arbeit unterwegs. Sie haben Fragen oder möchten sich zu aktuellen Themen austauschen? Sprechen Sie uns an.

Die Kontaktdaten der Ansprechperson für Ihre Region finden Sie unter:

www.parisax.de/kontakt



Soziale Innovation - Modewort oder essentieller Teil Sozialer Arbeit?

Wir widmen uns täglich der innovativen Sozialarbeit und dann soll alles auch noch neu, optimiert und natürlich digital sein? Nehmen wir uns einen Moment Zeit, um in das Wesen sozialer Innovation einzutauchen und zu erkunden, warum sie von entscheidender Bedeutung ist.

Innovation: Essenz unserer Arbeit. In der Welt der Sozialen Arbeit begegnen wir ständig neuen Herausforderungen. Soziale Innovationen sind oft nichts anderes als unsere kreative Antwort darauf, die Art und Weise, wie wir Menschen unterstützen und befähigen, stetig Dinge zu verbessern. Gehe ich bei der Dienstplanung neue Wege, kann das schon innovativ sein. Es geht nicht nur darum, auf gesellschaftliche Veränderungen zu reagieren, sondern aktiv an der Gestaltung einer besseren Zukunft mitzuwirken. Und das beginnt im Kleinen.

Anerkennung und Sichtbarkeit unserer Arbeit. Tagtäglich entwickeln wir innovative Ansätze, um Menschen in unterschiedlichsten Lebenslagen zu unterstützen. Doch wie oft wird diese Arbeit außerhalb ihres direkten Umfelds anerkannt? Indem wir soziale Innovationen hervorheben, geben wir dieser Arbeit eine Bühne, durch die sie auch jenseits unseres Wirkungskreises auffällt.

Netzwerke und Kooperation als Innovationsmotor. Innovation entsteht selten im Alleingang. Sie ist das Produkt von Zusammenarbeit, von gemeinsamen Anstrengungen und dem Austausch von Ideen. Durch die Betonung sozialer Innovation fördern wir Partnerschaften und Synergien, die unsere Arbeit bereichern. So schaffen wir Netzwerke, die über die Grenzen unserer eigenen Organisationen hinausgehen und die uns dabei helfen, unsere Methoden kontinuierlich zu verbessern.

Unterstützung sichern. In der Freien Wohlfahrtspflege sind wir auf vielfältige Unterstützungsformen angewiesen, um unsere Projekte und Initiativen erfolgreich umzusetzen. Durch das Hervorheben innovativer Projekte und Ansätze verdeutlichen wir ihre gesellschaftliche Bedeutung und stärken damit unsere Position in Gesprächen mit Partner*innen und Entscheidungsträger*innen.

Soziale Innovation als Entwicklungstreiber. Wir sollten stolz auf unsere Errungenschaften sein, aber dürfen nicht stillstehen. Denn Gesellschaft und damit unsere Arbeit ist im steten Wandel. Soziale Innovation fordert uns auf, unsere Arbeit zu hinterfragen und zu verbessern. Sie ist ein Aufruf, aktiv nach besseren Lösungen zu suchen.

Die Macht der Gemeinschaft. In der Freien Wohlfahrtspflege engagieren sich tagtäglich unzählige Menschen in vielfältigen Bereichen. Jedes Mal, wenn Sie eine neue Methode ausprobieren, eine kreative Idee umsetzen oder einfach nur einen neuen Weg einschlagen, leisten Sie einen Beitrag zur sozialen Innovation.

Kurzum: Soziale Innovation ist kein leeres Gerede, sondern der Kern unserer täglichen Arbeit. Sie ist ein Versprechen, dass wir uns nicht mit dem Status quo zufriedengeben, sondern stets danach streben, die Welt um uns herum ein kleines Stück besser zu machen.

Sie haben eine Idee, wollen Neues ausprobieren oder neue Perspektiven kennenlernen? ‚SINN - Die Zukunftsplattform für Soziale Innovation‘ unterstützt Sie. Sprechen Sie unser Team an.



Stephanie Meichsner-Eschborn
Projektleitung/Community Management
Tel.: 0176 - 178 45 887
E-Mail: stephanie.meichsner-eschborn@parikom.de



Gerry Hallbauer
Community Management
Tel.: 0157 - 788 655 42
E-Mail: gerry.hallbauer@parikom.de

Selbstbewusst für Werte einstehen

Vor dem Hintergrund einer spürbaren Diskursverschiebung nach rechts wird es wichtiger werden, sich zu den verbandlichen Werten Offenheit, Vielfalt und Toleranz zu bekennen. Die Regionalkonferenzen im Mai und Juni 2024 greifen dies auf. Im Mittelpunkt wird die Frage stehen: „Wie können wir unser Selbstverständnis einer menschenrechtsorientierten Bildungs- und Sozialarbeit in Krisenzeiten leben?“.

Text: Thomas Neumann

Tausende gingen in den letzten Monaten auf die Straße, um ein Zeichen für Demokratie und Menschenrechte zu setzen. Das ist ermutigend und zeigt, dass es eine breite Zustimmung für ein solidarisches Miteinander und gegen menschenfeindliche Einstellungen gibt. Gemäß unserer Leitmotive Offenheit, Vielfalt und Toleranz unterstützt der Paritätischer Sachsen diese Anliegen ausdrücklich.

Gleichzeitig ist es notwendig, sich innerverbandlich zu verständigen, wie der Landesverband und die Mitgliedsorganisationen als Akteure der Zivilgesellschaft sichtbar für Menschenrechte und Demokratie eintreten können. „Wir haben diesen Dialog auf der Mitgliederversammlung 2023 begonnen und stellten fest, dass sich die Mitgliedsorganisationen dazu sehr unterschiedlich verhalten. Das hängt nicht zuletzt mit einer unterschiedlichen Betroffenheit zusammen. Im städtischen Raum ist es sicher etwas anderes, sich aktiv zu den verbandlichen Werten oder dem Selbstverständnis der jeweiligen Organisation zu bekennen, als dies in der ein oder anderen ländlichen Region der Fall ist. Wie die Lage vor Ort tatsächlich ist und wie der aktuelle gesellschaftliche Diskurs in die Organisationen hineinwirkt, wollen wir deshalb auf unseren Regionalkonferenzen im Mai und Juni besprechen. Perspektivisch soll es darum gehen, wie der Verband die Mitglieder stärken kann. Da dies eine sehr grundlegende Frage ist, haben wir uns diesmal dagegen entschieden, ein Forum mit Landtagskandidat*innen zu veranstalten, wie wir das im Vorfeld der zurückliegenden Landtagswahlen auf Regionalkonferenzen immer getan haben“, erläutert Christian Kamrad, Landesvorsitzender des Paritätischen Sachsen.

Auf der Mitgliederversammlung 2023 schilderten Mitgliedsorganisationen, wie sie mit demokratiefeindlichen und menschenverachtenden Äußerungen in der eigenen Belegschaft aber auch bei Klient*innen und Nutzer*innen umgehen. In den Redebeiträgen ermutigten sich die Teilnehmenden dazu, dass sich gemeinnützige Organisationen als gesellschaftliche Akteure verstehen müssen und demokratische Grundwerte im Arbeitsalltag selbstbewusst vertreten. Solidarische Netzwerke, präventive Beratungsangebote und anlassbezogene Schutzkonzepte bieten Halt, wenn Anfeindungen und Bedrohungen befürchtet werden. Schon bei Einstellungsgesprächen müsse das werteorientierte

Leitbild der jeweiligen Organisation vermittelt werden. Eine Selbstverpflichtungserklärung bekräftige zudem, welche Grundwerte im Arbeitsalltag gelebt werden.

Mitgliedsorganisationen sind eingeladen, auf den Regionalkonferenzen Ihre Erfahrungen und Sichtweisen einzubringen. Es wird um die Frage gehen „Wie können wir unser Selbstverständnis einer menschenrechtsorientierten Bildungs- und Sozialarbeit in Krisenzeiten leben?“. Dabei stehen Praxiserfahrungen und der Austausch über Handlungsmöglichkeiten im Mittelpunkt.

Alle Informationen und die Online-Anmeldungen zu den **Regionalkonferenzen 2024** finden Sie im Veranstaltungskalender auf der Webseite des Paritätischen Sachsen unter:

www.parisax.de/aktuelles/veranstaltungen

25. Mai 2024
Regionalkonferenz
Chemnitz

Jetzt anmelden.



29. Mai 2024
Regionalkonferenz
Dresden

Jetzt anmelden.



4. Juni 2024
Regionalkonferenz
Leipzig

Jetzt anmelden.





Weiterbildung am Bildschirm: Wie Online-Seminare gelingen

Haben Sie sich bisher gescheut, an einem Online-Seminar teilzunehmen? Verständlich, denn neben Vorteilen bringt eine Weiterbildung am Bildschirm Herausforderungen mit sich. Lesen Sie, wie Sie Hürden überwinden und sich optimal vorbereiten.

Die digitale Transformation hat auch die Weiterbildung erfasst: Lag der Anteil an reinen Online-Seminaren in Deutschland 2018 noch bei 20 %, stieg er im ersten Halbjahr 2021 pandemiebedingt auf bis zu 55 % an. Der zunächst krisenbedingt beschleunigte Wandel verstetigt sich: Virtuelle Schulungen sind zu einem festen Bestandteil der Weiterbildungslandschaft geworden. Auch der Paritätische Sachsen führt inzwischen rund die Hälfte der angebotenen Seminare online durch.

Online-Seminare als speziell konzipierte Formate

Allerdings ersetzen Online-Seminare nicht einfach die gewohnten Präsenzseminare. Sie sind vielmehr eigenständige und speziell konzipierte Formate. Zu ihren Vorteilen zählt die Flexibilität, von überall aus teilnehmen zu können. Die Zeitersparnis durch den Entfall der Anreise und die oft kürzere Semindauer ermöglichen die bessere Integration der Weiterbildung in den beruflichen und familiären Alltag. Hinzu kommt

die Kostenersparnis durch Wegfall der Reisekosten. Demgegenüber stehen Nachteile: Der persönliche Austausch und die zwischenmenschlichen Beziehungen können in einem virtuellen Umfeld oft nicht so intensiv erlebt werden wie in Präsenzseminaren. Darüber hinaus erfordern Online-Seminare eine gewisse Selbstdisziplin, da Ablenkungen durch die Umgebung möglich sind. Wer wenig am Computer arbeitet und bisher nicht oder nur selten mit Videokonferenzplattformen in Berührung gekommen ist, scheut womöglich auch die technischen Herausforderungen oder die ungewohnte Form der Interaktion.

Tipps und Anregungen für die Teilnahme

Um die Nachteile zu minimieren und die Vorteile eines Online-Seminars voll auszuschöpfen, müssen einige grundlegende Aspekte beachtet werden. Nebenstehende Tipps und Anregungen für die Teilnahme am Online-Seminar helfen Ihnen beim Einstieg in die Weiterbildung am Bildschirm.

So schaffen Sie die technischen Voraussetzungen für Ihre Teilnahme



Stabile Internetverbindung: Verzichten Sie auf WLAN. Verbinden Sie Ihr Gerät stattdessen mit einem **LAN-Kabel**.



Software-Test: Videokonferenzplattformen ermöglichen die Durchführung eines **Testmeetings**. Machen Sie sich vorab mit der Software vertraut.



Aktuelle Software: Überprüfen Sie, ob Sie die **neueste Version der Software** haben, die für das Online-Seminar verwendet wird.



Unterstützung: Lassen Sie sich von Kolleg*innen mit Online-Seminar-Erfahrung einweisen. Bitten Sie die **IT-Abteilung** bei der Einrichtung Ihres Gerätes um Hilfe.



Funktionierendes Audio und Video: Testen Sie vorab Ihre Audio- und Videogeräte. Nutzen Sie ein **Headset** für die optimale Verständigung.



Unterbrechung der Verbindung: Wird die Verbindung zum Seminar unterbrochen, versuchen Sie sich wieder einzuloggen. Benötigen Sie Hilfe, kontaktieren Sie das **Weiterbildungsteam**.

So gestalten Sie das Online-Seminar angenehm für sich und andere



Pünktlichkeit: Treten Sie dem Seminar rechtzeitig über den zugesandten **Teilnahmelink** bei. Nutzen Sie pro angemeldete Person ein eigenes Endgerät.



Aktive Teilnahme: Beteiligen Sie sich an Diskussionen und stellen Sie bei Bedarf Fragen. Signalisieren Sie **Wortmeldungen** durch die Handzeichenfunktion oder via Chat.



Kamera und Mikrofon: Schalten Sie Ihre **Kamera** ein, um eine persönlichere Interaktion zu ermöglichen. Aktivieren Sie ihr Mikrofon nur, wenn Sie sprechen.



Gruppenarbeit: Beteiligen Sie sich aktiv bei Gruppenarbeiten in **Breakout-Sessions** und nutzen Sie die Chat-Funktion oder Videoanrufe, um Ideen auszutauschen.



Konzentration: Vermeiden Sie **Ablenkungen**, indem Sie die Tür schließen und ein „Bitte nicht stören“-Schild nutzen. Beenden Sie auch das Mailprogramm auf Ihrem Computer.



Pausenzeit: Nutzen Sie Pausen für **Bewegung**. Genießen Sie eine kleine Mahlzeit und holen Sie sich ein Getränk. Für neue Konzentration sorgt auch das Lüften des Raumes.

Sie haben noch Fragen zur Teilnahme an Online-Seminaren? Sprechen Sie das Team Weiterbildung des Paritätischen Sachsen an.

Tel.: 0351 - 828 71 431

E-Mail: weiterbildung@parisax.de

Das Seminarangebot sowie weitere Servicehinweise finden Sie unter:

www.parisax.de/weiterbildung





Laufseminar mit Elbblick

Pflegekräfte und Sozialarbeiter*innen gehören zu den Berufsgruppen mit hoher Gefährdung für Burnout und Depressionen. Gut für sich selbst zu sorgen, ist für sie umso wichtiger. Ein Weg zu innerer Stärke führt übers Laufen.

Körperliche Fitness und psychisches Wohlbefinden, frische Luft und verhältnismäßig geringe Investitionskosten: Fürs Loslaufen spricht viel. Dagegen auch: Laut einer Forsa-Umfrage von 2022 fehlt 53 % der Erwachsenen in Deutschland die Motivation fürs Sporttreiben, 42 % sind beruflich zu sehr eingespannt, bei 35 % kommen familiäre Belastungen hinzu.

Laufen ist Selbstfürsorge

Doch es lohnt sich, passende Rahmenbedingungen für den Freizeitsport zu etablieren und den „inneren Schweinehund“ in die Schranken zu weisen: Laufen ist ein ideales Instrument zur Steigerung der persönlichen Widerstandskraft. Dr. Anna Martius, Competence Trainerin (SHB) und selbst passionierte Läuferin, bekräftigt: „Studien belegen, dass Menschen, die auch nur wenige Minuten laufen waren, optimistischer denken und mit schlechten Nachrichten besser umgehen können. Laufen bringt Energie für andere Dinge mit sich, macht den Kopf frei, stärkt das Selbstbewusstsein und erhöht die Körperspannung. Laufen ist Selbstfürsorge.“

Als Expertin für Zeitmanagement weiß Anna Martius aber auch, wie herausfordernd es für viele Menschen ist, sich Raum und Zeit für Selbstfürsorge zu erschließen. Grund genug, ihre Laufleidenschaft und ihr Expertinnenwissen

zusammenzuführen: Gemeinsam mit Karolin Amlung, Referentin Weiterbildung des Paritätischen Sachsen, hat Anna Martius ein neues Seminarangebot konzipiert.

Verabredungen mit sich selbst treffen

Im Tagesseminar „Resilient durch Laufen und Selbstfürsorge“ lernen Interessierte, was resiliente Menschen ausmacht, und schärfen ihre individuelle Laufmotivation. „Kurzfristiges Ziel ist es, verlässliche Zeitfenster für das Laufen zu schaffen und es in der Prioritätenliste oben anzusiedeln. Langfristig soll es ein ganz natürliches Bedürfnis und eine gute Angewohnheit sein, sich die Laufschuhe anzuschlappen und sich zu erholen“, sagt Anna Martius. „Laufen ist kein Wettbewerb. Gerade zu Beginn darf man sich selbst nicht überfordern. Die positiven Nebeneffekte, die man nach und nach selbst erfährt, helfen jedoch beim Dranbleiben.“

Die erste Laufverabredung mit sich selbst haben die Teilnehmenden direkt am Seminartag: Von den Seminarräumen des Paritätischen Sachsen wechseln sie direkt an die Elbwiesen und bekommen eine sanfte Einführung ins praktische Laufen. Um die Impulse aus dem aktivierenden Seminar in den Alltag zu übernehmen, wird der Transfer individuell mit konkreten Trainingstipps für die nächsten Wochen gesichert.



Das interaktive Seminar „Resilient durch Laufen und Selbstfürsorge“ unter der Leitung von Dr. Anna Martius findet am 23.04.2024 statt. Es richtet sich an alle, die mit dem Laufen (wieder) anfangen möchten. Erforderlich sind einfache Turnschuhe und wettergerechte, sportliche Kleidung.

www.parisax.de/weiterbildung/seminare

Weiterbildung: Jetzt anmelden!

Management | 27.05.2024 | Dresden

In einer Welt des Wandels Mitarbeitende richtig motivieren

- Gesprächstechniken
- Umgang mit Widerständen
- Leistungsverhalten sicher beurteilen
- Typische Beurteilungsfehler
- Die Führungskraft als Coach



Altenhilfe | Pflege | Teilhabe | 30.05.2024 | Dresden

Eingliederungshilfe SGB IX und Pflegeversicherung SGB XI gemeinsam in einer Einrichtung

- Prozess-Organisation
- Binnendifferenzierung
- Bio-psycho-soziales Modell
- Pflege-Betreuungs-Teilhabe-Prozess



Kindertagesbetreuung | 06.06.2024 | Dresden

Widerstandsfähigkeit ausbauen! Selbstmanagement als Führungskraft in Kindertagesstätten

- Zeitmanagement
- Delegationsfähigkeit
- Achtsamkeit & Selbstfürsorge in Konfliktsituationen
- Psychohygiene



Recht | 12./14.06.2024 | Online

Aktuelle Entwicklungen & Rechtslage in der Schuldner- und Insolvenzberatung

- Aktuelle Fragestellungen aus der Beratungspraxis
- Einkommensteuer vor/im/nach Insolvenzverfahren
- Aktuelle Rechtsprechung



Management | 25.-27.06.2024 | Dresden

Ein Team gut und erfolgreich führen - Dreitägiger Sommerkurs zu den Grund- lagen der Teamleitung

- Führung im Heute und Jetzt
- Führen in der Sandwichposition
- Konflikte im Team
- Teamarbeit verbessern
- Umgang mit Demotivation



Fast 200 Weiterbildungen für Mitglieder zum Vorteilspreis!

Stärken Sie sich und Ihr Team. Die Weiterbildungen des Paritätischen Sachsen orientieren sich an den Bedarfen der Praxis von Sozialer Arbeit, Bildung und Pflege. Das gesamte Angebot finden Sie unter:

www.parisax.de/weiterbildung





Wo machen Sie am 1.9.2024 Ihr Kreuz?

Wissen Sie schon, welcher Partei Sie zur Landtagswahl am 1. September 2024 Ihre Stimme geben? Ein wichtiger Maßstab für eine Wahleentscheidung sollte das klare Bekenntnis von Parteien und ihren Kandidat*innen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und für das Miteinander aller hier lebenden Menschen sein.

Eine weitere Entscheidungshilfe können die **Sozial- und bildungspolitische Lösungen des Paritätischen Sachsen** sein. Sie fokussieren auf jene Themen, die nach Ansicht des größten Spitzenverbandes der freien Wohlfahrtspflege in Sachsen in der kommenden Legislaturperiode umgesetzt werden müssen, um das Miteinander in Sachsen zu stärken.

Lesen Sie unsere Sozial- und bildungspolitischen Lösungen für Sachsen 2030 sowie Positionen, Interviews und weitere Artikel rund um Sozial- und Bildungsthemen zur Landtagswahl 2024 auf:

www.parisax.de/landtagswahl2024

